



Jahresbilanz 2017



VORWORT



Trotz des andauernden Drucks einer unverändert hohen Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus ist es uns im letzten Jahr gelungen, die Weichen für die leistungsfähigste Polizei und das effektivste Landesamt für Verfassungsschutz in der Geschichte Hessens zu stellen. Unser operativ ausgerichteter Nachrichtendienst wurde massiv personell gestärkt, sodass die Zahl der Mitarbeiter sich seit Beginn der Legislaturperiode von 182 auf 370 Stellen in 2019 verdoppelt.

2017 wurden 1.160 neue Polizeianwärter eingestellt, der mit Abstand größten Jahrgang aller Zeiten. Dank unserer Sicherheitspakete I und II kommen in den nächsten Jahren 1.520 zusätzliche Kolleginnen und Kollegen in die Dienststellen. Das ist ein Stellenplus von rund elf Prozent seit Beginn der Legislaturperiode. Wir investieren in innovative Technik und Ausrüstung bei der Polizei: von der Body-Cam für unsere Schutzleute über Drohnen bei der Verkehrsüberwachung bis hin zur modernen Prognosesoftware KLB-operativ für den Kampf gegen Wohnungseinbrecher.

Gute Ideen und eine starke, bestens ausgerüstete Polizei sind der Grund für die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit fast 40 Jahren in Hessen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik der Jahre 2016 und 2017 mit steigenden Aufklärungsquoten von mittlerweile fast 63 Prozent unterstreichen, das erfolgreiche Sicherheitspolitik auch messbar wirkt. Unabhängige Umfragen bestätigen, dass sich vier von fünf Hessen sicher in ihrem Land fühlen, ein Vertrauensbeweis für die Frauen und Männer, die tagtäglich für unsere Sicherheit eintreten. Im Dezember 2017 ist KOMPASS in den Modellkommunen Hanau, Bad Homburg, Schwalbach am Taunus und Maintal gestartet. Mit dem bundesweit einmaligen Präventionsprogramm wollen wir gemeinsam hessenweit Städten und Gemeinden die Zusammenarbeit mit den Sicherheitspartnern intensivieren, neue Ideen entwickeln und innovative Lösungen für Probleme vor Ort finden.

Allein im Jahr 2017 hat das Land Hessen die Beschaffung von 190 Fahrzeugen gefördert und weitere 50 Fahrzeuge vorbeschrieben sowie den Bau von 50 Feuerwehrhäusern hessenweit unterstützt. Die Garantiesumme der Feuerchutzsteuer wird in 2018 auf 35 Millionen Euro und in 2019 auf 40 Millionen Euro erhöht. Neben Rekordinvestitionen für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen sowie den Neu- und Ausbau von Feuerwehrhäusern unterstützt das Land insbesondere die Jugendfeuerwehren durch den Neubau des Jugendfeuerwehrausbildungszentrums in Marburg, das Landesprogramm „Mehr Feuerwehr in Schulen“ oder die Jugendfeuerwehriimagekampagne zur Nachwuchsgewinnung. Dass die Jugendfeuerwehren in Hessen auf einem guten Weg sind und sich das Engagement für den Nachwuchs lohnt, belegen auch aktuelle Zahlen. 2017 konnten die Jugendfeuerwehren in Hessen erstmals seit

Jahren ein Mitgliederplus von mehr als drei Prozent verzeichnen. Ihr gehören jetzt rund 26.500 Kinder und Jugendliche an.

Eine generationengerechte Haushaltspolitik verpflichtet das Land und seine Kommunen, keine neuen Schulden mehr auf Kosten kommender Generationen anzuhäufen. Als Kommunalministerium haben wir die notwendigen aufsichtlichen Maßnahmen getroffen, sodass mittlerweile die große Mehrheit der Haushalte in den Städten konsolidiert wurden. Mit rund fünf Milliarden Euro aus der Hessenkasse helfen wir den Kommunen die Last der Kassenkredite abzubauen. Ein mit 600 Millionen Euro zusätzliches Investitionsprogramm fördert Kommunen, die auch in der Vergangenheit nicht mehr ausgegeben haben, als zur Verfügung stand. Im engen Austausch mit den Städten und Gemeinden haben wir dank der Hessenkasse eine innovative Lösung zum Wohle der Kommunen gefunden, die es in dieser Form kein zweites Mal in der Bundesrepublik gibt.

Damit auch künftig hessische Athletinnen und Athleten international auf dem Siebertreppchen vertreten sind, stellen wir unsere Leistungssportförderung neu auf. Mit dem „hessischen Weg“ setzen wir dabei auf den engen Dialog mit Sportlern, Verbänden und Vereinen. Eine Innovation „made in Hessen“ ist unser 50 Millionen Euro schweres Investitionsprogramm für Frei- und Hallenbäder. SWIM ist nur ein Baustein einer nachhaltigen und durchdachten Förderpolitik zum Wohle aller sportbegeisterten Bürgerinnen und Bürger, die unter der Marke „Sportland Hessen“ bundesweit Beachtung findet.

Das LandesTicket Hessen war zum Ende des Jahres 2017 für alle Beschäftigten der greifbare Beleg dafür, dass sich Ökonomie und Ökologie nicht ausschließen, sondern verbunden mit Ideenreichtum und Verhandlungsgeschick zu neuen, innovativen Lösungen führen.

Mein herzlicher Dank gilt meinen tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Innenministerium und den nachgeordneten Behörden. Dank ihrer Expertise, ihres Engagements und ganz viel Herzblut, das Sie alle tagtäglich im Dienst einbringen, können wir gemeinsam mit Zuversicht nach vorne blicken und ich freue mich mit Ihnen weiter die Zukunft unseres Landes zu gestalten.

Herzlichst,



Peter Beuth

Hessischer Minister des Innern und für Sport





Innenminister Peter Beuth und Staatssekretär Werner Koch beantworten im Doppelinterview Fragen zur aktuellen Legislaturperiode, Besonderheiten des vergangenen Jahres und anstehende Projekte.

Was waren für Sie die wichtigsten Vorhaben der Legislaturperiode?

Innenminister Peter Beuth: Gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden dafür Sorge zu tragen, dass Polizei und Verfassungsschutz bestmögliche Arbeitsbedingungen haben und die kommunalen Haushalte zu konsolidieren. Was die Herausforderungen im Bereich der Sicherheit angeht, war klar, dass wir die Polizei und Verfassungsschutz massiv personell verstärken müssen. Das ist uns mit unseren zwei Sicherheitspaketen gelungen. Wir haben schon heute die personalstärkste Polizei in Hessen und es kommen jetzt jedes Jahr weitere Kolleginnen und Kollegen hinzu. Das wird eine spürbare Entlastung für die Polizei in ganz Hessen bedeuten.

Staatssekretär Werner Koch: Wir haben auch viel im Bereich der Ausstattung investiert. Zum Vergleich: Vor 20 Jahren waren es rund 726 Millionen Euro, für das Jahr 2019 sind jetzt 1,6 Milliarden Euro veranschlagt. Das ist mehr als eine Verdopplung. Mit unseren gezielten Investitionen sorgen wir für eine moderne und leistungsfähige Polizei. Von ballistischer Schutzausstattung mit der unsere Schutzleute landesweit ausgestattet wurden, um sofort auf terroristische Bedrohungen reagieren zu können, über Innovationen wie die Body-Cams zum Schutz der Kollegen oder KLB-operativ gegen Wohnungseinbrecher bis hin zu Drohnen bei der Verkehrsüberwachung: Unsere Polizei ist bestens für die Herausforderungen gerüstet.

Eine Herzensangelegenheit des letzten Jahres?

Peter Beuth: Sicherlich die Tatsache, dass der Bund nach jahrelangem Drängen aus unserem Ministerium ein Gesetz vorgelegt hat, das Angriffe auf Einsatzkräfte besonders unter Strafe stellt. Die hessische Initiative wurde nach jahrelangem Warten größtenteils umgesetzt. Mit dem Strafmaß bin ich aber nach wie vor nicht zufrieden. Wer einen Polizisten, einen Sanitäter oder eine Feuerwehrfrau angreift, hat eine Mindeststrafe von sechs Monaten verdient. Diese sechs Monate sind für uns so wichtig, weil die Strafe nicht einfach in eine Geldstrafe umgewandelt werden kann. Die Zahlen aus der PKS 2017 haben im Übrigen den traurigen Trend der letzten Jahre fortgesetzt: Die Angriffe auf Einsatzkräfte steigen weiter.

Werner Koch: Unsere Öffentlichkeitskampagne, die parallel zur Bundesratsinitiative gestartet ist, war dabei auch ein wichtiger Faktor, um auf das Problem dieser Verrohung hinzuweisen. Die Schutzschleife ist heute ein Symbol für die Verbundenheit mit den Einsatzkräften. Aus unserem Ministerium wurden schon mehr als 60.000 Stück bundesweit verschickt. Mir begegnen jetzt immer wieder Bürgerinnen und Bürger auf der Straße, die unser Zeichen der Solidarität tragen. Das ist ein tolles Signal für unsere Einsatzkräfte, denn sie verdienen unser aller Unterstützung.

Peter Beuth: Unsere Leistungssportreform wäre da noch ein weiterer Punkt, der mir sehr am Herzen liegt. Wir alle wollen, dass unsere Athletinnen und Athleten auch in Zukunft bei nationalen und internationalen Wettkämpfen glänzen können und die Bundesrepublik ihren guten Ruf als Spitzensportnation behält. Um aber bei Olympia weiterhin gegen



die große internationale Konkurrenz zu bestehen und auf dem Treppchen vertreten zu sein, müssen wir mehr für den Leistungssport tun. Ich habe alle Beteiligten des organisierten Sports in Hessen deshalb eingeladen, mit uns gemeinsam den Athleten in den Mittelpunkt aller Überlegungen zu stellen. Den Hessischen Weg nennen wir das. Eine gute Absicherung der Athleten ist uns da besonders wichtig. Wir werden jetzt zeitnah unsere Ergebnisse vorstellen und gemeinsam mit den Sportlern und Verbänden die Leistungssportförderung auf ein modernes Fundament stellen.

Werner Koch: Und nicht zu vergessen: Oberzent. Wir sind seit Anfang des Jahres um drei Kommunen ärmer, aber um viele wichtige Erfahrungen reicher, wie eine gelungene Gemeindefusion aussehen kann. Im Odenwald haben sich vier Kommunen zusammengetan und damit eine historische Entscheidung getroffen. Wir als Land werden den Kommunen weiterhin zur Seite stehen und mit Rat und Tat unterstützen, zum Beispiel mit unserer erfolgreichen interkommunalen Zusammenarbeit.

Welches Projekt ist für Sie im Jahr 2018 besonders wichtig?

Peter Beuth: In einem Wort ist das KOMPASS. Wir haben das Programm im Dezember 2017 mit den Modellkommunen Bad Homburg, Hanau, Schwalbach am Taunus und Maintal gestartet und stellen es jetzt allen Städten und Gemeinden in Hessen zur Verfügung. KOMPASS ist ein neues und innovatives Kapitel in der Sicherheitsstrategie unseres Landes: Unter Federführung der jeweiligen Kommune und sachkundiger Anleitung der Polizei analysieren alle beteiligten Partner auf lokaler Ebene alle Fragen, die die Sicherheit der

Menschen vor Ort betreffen. Das Programm leitet sich aus der Erkenntnis ab, dass Sicherheit viele Verantwortliche braucht, die alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Unsere Modellkommunen haben da Pionierarbeit geleistet und ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit KOMPASS die objektive Sicherheit in Hessen verbessern werden, das Sicherheitsgefühl der Bürger noch tiefer verstehen und gleichzeitig weiter heben werden.

Werner Koch: Da wäre der Neubau des Jugendfeuerwehrausbildungszentrums in Marburg zu nennen. Hier freue ich mich, wenn spätestens im Sommer dieses Jahres der Spatenstich erfolgen kann und die Bagger endlich rollen. Schließlich wollen wir mit dieser Baumaßnahme die erfolgreiche Arbeit unserer knapp 7.000 Jugendbetreuerinnen und -betreuer in den Feuerwehren noch stärker fördern, damit immer mehr Kinder mit dem Feuerwehrvirus infiziert werden. Zuletzt konnten die Jugendfeuerwehren bereits ein Mitgliederplus von drei Prozent verzeichnen, was mich besonders freut. Um diesen Trend fortzusetzen, werden wir unsere Bemühungen um den Nachwuchs, beispielsweise durch das Programm „Mehr Feuerwehr in Schulen“ oder unsere Jugendfeuerwehrimagekampagne, weiter intensivieren.

INHALTS- VERZEICHNIS

Thema	Seite
Einführungen	
Vorwort Peter Beuth, Hessischer Innenminister	3
Interview mit Innenminister Peter Beuth und Staatssekretär Werner Koch	4
Themen, die bewegten	
Die Hessen leben so sicher wie noch nie	9
Asyl - Abschiebungen und Freiwillige Ausreisen	13
Rekordinvestitionen für den Brandschutz	14
94 Prozent der hessischen Kommunen mit ausgeglichenem Haushalt	17
Sport: 44 Millionen Euro für die größte Bürgerbewegung des Landes	18
Hessen: Beschäftigte haben freie Fahrt im ÖPNV	19
Januar	
Kult-Weltcup auf der Mühlenkopfschanze einer der hessischen Sport-Höhepunkte	20
Amtsgänge künftig vom Wohnzimmer aus erledigen	21
21 Kommunen kooperieren bei Bürgerservice 115	21
Blinkpfeile zur Sicherung des Unfallortes wieder möglich	22
Förderbescheide AK Katastrophenschutz	23
Februar	
Polizeiliche Kriminalstatistik 2016: Hessische Polizei arbeitet weiter erfolgreich	24
Gemeinsam Innovationen gegen Datendiebe entwickeln	26
Der größte Ausbildungsjahrgang aller Zeiten	27
Über 150 Sportcoaches tauschen sich in Wetzlar aus	28
Vom Auslandseinsatz heimgekehrt	29
März	
Tarifverhandlungen finden in Dietzenbach ihren Abschluss	30
Mehr Geld auch für Hessens Landesbeamte	31
Neue Technik gegen Raser auf zwei Rädern	32
Bad Arolser Polizei erhält neue Heimat	33
Länder kooperierten bei Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl	33
700 Athleten bei den Special Olympics	34
Treffpunkt für Salafisten für immer geschlossen	35
April	
Arbeitgeberattraktivität des Landes steigt stetig	36
Weste für den „Einsatzleiter Ort“ auf den Weg gebracht	37
Land bietet Hilfestellung im Kampf gegen Reichsbürgerbewegung	38
Kommunen erhalten Unterstützung in Sache IT-Sicherheit	39
Erstmals Integrationspreis Brandschutz verliehen	40

Mai	
Erste freiwillige Gemeindefusion seit den 70er Jahren	42
„Auflösung des Landesamts für Verfassungsschutz würde Sicherheit schwächen“	43
Ressourcenschonende Ausbildung	44
Deutsche Olympische Akademie feierte zehnjähriges Bestehen	45
Juni	
Größter Anwärterjahrgang aller Zeiten	46
Innenminister Peter Beuth besuchte hessische Polizisten	48
Seit 150 Jahren Garant für Sicherheit und Ordnung	49
Kommunen können den Reset-Knopf drücken	50
„Gegen Schulden. Für die Zukunft!“	51
Juli	
Hessische Polizei warnt künftig auch über KATWARN	52
Verwaltung rund um die Uhr erreichbar machen	53
August	
„Hessen sagt danke - Solidarität mit unseren Einsatzkräften“	54
Land fördert Videotechnik in Bad Vilbel und Fulda	56
Rücksichtsvolles Verhalten im Straßenverkehr	57
Auftakt für eine neue Leistungssportreform	57
September	
Land dankt Einsatzkräften mit Helferparty	58
Rettungsgasse: Hessische Forderung erfolgreich	59
Wandelnde Bedrohungslagen für Hessen	60
Genehmigungsurkunde für Pionierprojekt	61
Mehr Polizei und bessere Ausrüstung	62
145.000 Landesbedienstete erhalten LandesTicket	63
50.000 Euro für Gewaltprävention im Fußball	63
Oktober	
RADIKAL als bester Kurzfilm ausgezeichnet	64
Sensationssieg für Patrick Lange auf Hawaii	65
Genehmigungsurkunde für Pionierprojekt	66
10 Jahre Kampagne „BOB“ beim Polizeipräsidium Mittelhessen	67
Land fördert 244 Städte und Gemeinden mit 1,7 Millionen Euro	68
November	
Neue Erinnerungskultur bei der Hessischen Polizei	70
„Antisemitismus. Neue Formen - Alte Ressentiments“	72
Flächendeckende Förderung des Sports	74
Hessische Initiative gegen Gewalt im Fußball	75
Hessischer Feuerwehrpreis 2017	76
Herausragendes Engagement	77
Carolin Schäfer ist „Hessens Polizeisportlerin des Jahres 2017“	78
Dezember	
Sicherheitsinitiative KOMPASS gestartet	81
Eigene Leistungssportreform auf dem Weg	82
Im Odenwald entsteht historisch Neues	83
Ausgezeichnet	
Unsere Feuerwehren des Jahres 2017	84

THEMEN, DIE BEWEGTEN



DIE HESSEN LEBEN SO SICHER WIE NOCH NIE

Hessen ist das dritt sicherste Bundesland der Republik. Außer in Baden-Württemberg und Bayern wurden 2017 nirgendwo weniger Straftaten begangen als hier. 63 Prozent der Delikte konnte die Polizei im vergangenen Jahr aufklären, ein historischer Höchststand und gleichzeitig ein Spitzenwert im Ländervergleich.

Erstmals seit 40 Jahren sank die Anzahl der Straftaten auf einen historischen Tiefststand von unter 400.000 Fällen. Vor zwanzig Jahren wurden 60.000 Straftaten mehr begangen. Durch die engagierte Arbeit der hessischen Sicherheitsbehörden konnte die Kriminalität in den letzten 20 Jahren deutlich gesenkt werden. Effektiv und erfolgreich war die Polizei im vergangenen Jahr insbesondere im Bereich Wohnungseinbruchsdiebstahl: die Fallzahlen sanken um 20 Prozent auf rund 8.200 Fälle, wobei nahezu jeder zweite Einbruchversuch scheiterte.

Warum ist die Hessische Polizei so erfolgreich?

Der Rückgang der Kriminalität in Hessen und die steigenden Aufklärungsquoten der vergangenen Jahre (2015: 59,9%, 2016: 62,7% und 2017: 63%) unterstreichen, dass erfolgreiche Sicherheitspolitik messbar wirkt. Der Grund für die positive Entwicklung liegt in einer deutlichen Stärkung der Sicherheitsarchitektur, die in der laufenden Legislaturperiode durch zahlreiche Maßnahmen, unter anderem durch ein deutliches Stellenplus bei der Polizei und dem Landesamt für Verfassungsschutz, initiiert wurden.

„Die Frauen und Männer der Polizei sind der Garant für ein sicheres und lebenswertes Hessen. Trotz der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus oder dem personalintensiven Schutz von Veranstaltungen und Versammlungen ist es landesweit gelungen, Kriminalität erfolgreich zu bekämpfen und messbar zurückzudrängen. Der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger ist dank strategischer, konsequenter und innovativer Polizeiarbeit gewährleistet. Wir setzen sowohl auf offene wie verdeckte repressive Maßnahmen als auch auf passgenaue Präventionsarbeit mit gezielter Intervention. Unsere Bürgerinnen und Bürger leben dank dieser klugen Maßnahmen der hessischen Polizei in einem sicheren Land“, sagte Innenminister Peter Beuth bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2017 im Februar 2018.



SICHERES LAND: SPITZENWERTE IM BUNDESVERGLEICH

STARKE POLIZEI: STELLEN SEIT 2014 UM ELF PROZENT ERHÖHT



Die richtigen Weichen gestellt

Zur Bekämpfung von Kriminalität hat das Land die richtigen Weichen gestellt und die Polizei die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Verbesserte Ausstattung und Organisation der Sicherheitsbehörden, intensive Ermittlungsarbeit, effektive Kräftesteuerung, neue Innovationen, verstärkte Präventionsangebote und große Entschlossenheit sind die wichtigsten Eckpunkte Hessens erfolgreicher Sicherheitspolitik.



Wie effizient und konsequent die hessische Polizei vorgeht, zeigt sich insbesondere im Bereich Wohnungseinbruchsdiebstahl. Der Rückgang von Einbrüchen in Hessen innerhalb eines Jahres um 20 Prozent ist einerseits auf verstärkte länderübergreifende Ermittlungen zurückzuführen, die durch gezielte Schwerpunktkontrollen den Druck auf reisende Täter stetig hochhalten. Auf der anderen Seite führten rund 8.000 kostenlose Kriminalpolizeiliche Beratungen sowie neue technischen Innovationen zum messbaren Erfolg. Durch die seit 2016 im Einsatz befindliche neue und bundesweit einzigartige Prognose-Software KLB-operativ (Kriminalitätslagebild) erkennt das Hessische Landeskriminalamt Einbruchsserien professionell agierender Serientäter leichter und kann somit Polizeikräfte an potentiellen Brennpunkten effektiver einsetzen.



DIE HESSEN FÜHLEN SICH SICHER

Dass nicht nur die objektive Sicherheitslage gut, sondern auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger positiv ist, belegen die jüngsten repräsentativen Umfragen. Vier von fünf Bürgerinnen und Bürger gaben Anfang 2017 im „Hessentrend“ des Hessischen Rundfunks an, dass sie sich in Hessen sicher fühlten. Nur sieben Prozent der Befragten gaben im letzten Hessentrend (Januar 2018) an, dass die Themen Sicherheit, Kriminalität oder Terror zu den wichtigsten Problemen in Hessen gehörten – nochmal sechs Prozent weniger als 2017.

Moderne Ausrüstung gegen Terror

Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus stellt weiterhin eine große Gefahr für die Menschen in Deutschland und Hessen dar, wie die schrecklichen Anschläge in Paris (November 2015), Belgien (März 2016), Berlin (Dezember 2016) und London (Juni 2017) vor Augen führten. Die weitgehende Zurückdrängung des „Islamischen Staates“ in Syrien und Irak ist kein Anlass zur Entwarnung, da Reste von Terrorzellen weiterhin fortbestehen.

Um die Bevölkerung Hessens bestmöglich zu schützen wurde frühzeitig reagiert und die hessischen Sicherheitsbehörden massiv personell und materiell gestärkt. Hessische Polizisten werden mittlerweile taktisch intensiv geschult, um auf Bedrohungslagen landesweit sofort und effektiv reagieren zu können. Für den Notfall erhielt die Hessische Polizei daher eine neue Schutzausstattung für sogenannte Notinterventionsteams (NIT). Es besteht aus ballistischen Schutzhelmen, Plattenträgersystemen gegen den Beschuss aus Langwaffen, Splitterschutzbrillen und Erste-Hilfe-Sets für die Erstversorgung von Schussverletzungen. Die moderne Ausrüstung bietet den speziell geschulten Polizeivollzugsbeamten einen deutlich höheren Schutz bei besonderen Einsatzlagen, wie im Bereich des Terrorismus oder der Organisierten Kriminalität. Insgesamt wurden seit April 2016 rund 1.800 Schutzpakete ausgegeben und die Reaktionsfähigkeit der Polizei gegen Schwerstkriminelle landesweit gestärkt (Seite 62).

Hessen duldet keine Radikalisierungsräume

Durch gezielte Razzien gingen die Hessischen Sicherheitsbehörden auch 2017 konsequent gegen islamistische Extremisten vor. Am 1. Februar 2017 war den hessischen Sicherheitsbehörden ein harter Schlag gegen ein weitverzweigtes salafistisches Netzwerk gelungen. Mehr als 1.100 Beamte waren an der Aktion beteiligt. Im März des vergangenen Jahres wurde erstmals ein salafistisch ausgerichteter Verein in Hessen verboten. Das Vereinsverbot für den „Almadinah Islamischer Kulturverein e.V.“ ist das bisher vierte in der laufenden Legislaturperiode (Siehe Seite 35). Diese Maßnahmen machten deutlich, dass das Land jene mit aller Härte bekämpft, die uns und unsere Art zu leben bedrohen. Um diese Bedrohungen aufzudecken, ist ein starkes Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) notwendig. Die Hessische Landesregierung hat gehandelt. Bis 2019 wird die Behörde auf 370 Planstellen personell aufgestockt (Seite 66).

Parallel hat das Land bereits 2015 ein „Hessisches Präventionsnetzwerk gegen Salafismus“ initiiert und ein Hessisches Kompetenzzentrum gegen Extremismus im Landespolizeipräsidium eingerichtet. Landesweit arbeiten seitdem Experten mit jungen Menschen und ihren Angehörigen zusammen, um eine islamistische Radikalisierung zu verhindern. Mit vier Millionen Euro wurde das erfolgreiche Programm 2017 unterstützt. 2018 und 2019 werden diese Mittel auf 4,7 Millionen erhöht.

	1998	2015	2016	2017
Straftaten	446.877	403.188	412.104	375.632
Aufklärungsquote	47,4 %	59,9 %	62,7 %	62,8 %

Sicherheit im Straßenverkehr

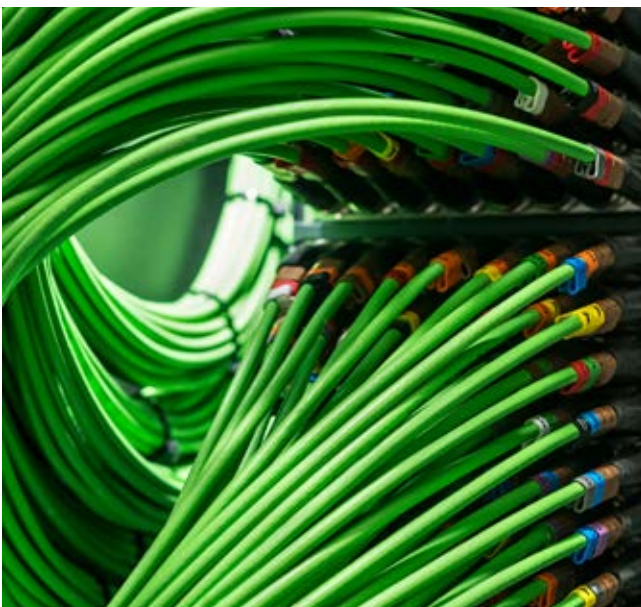
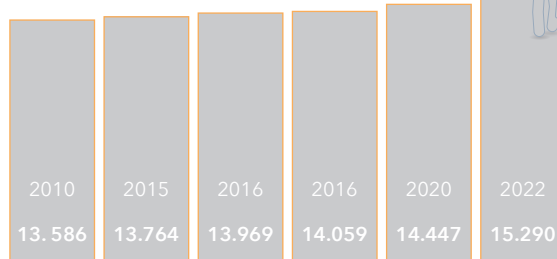
Immer sicherer können sich die Hessen auch im Straßenverkehr fühlen. Im Jahr 2017 sind bei Verkehrsunfällen in Hessen 213 Menschen ums Leben gekommen. Auf Hessens Straßen starben damit 19 Personen weniger als noch im Vorjahr und damit so wenige Menschen, wie noch nie seit Erhebung der Statistik. Zwar ist die Zahl der Gesamtunfälle in Hessen um 8.881 Fälle (+6,3 Prozent) auf 150.014 Verkehrsunfälle angestiegen, allerdings kam erstmals kein Kind bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Um den Kontrolldruck auf Rettungsgassensünder zu erhöhen, setzt die hessische Polizei in einem Pilotverfahren seit November 2017 zwölf „Videostreifen“ bei den Autobahnpolizeistationen ein. Mit neuen Rettungsgassen-Bannern an Brücken und zahlreichen weiteren Werbemitteln setzt die Landesregierung zudem ihre landesweite Präventionskampagne fort.



HISTORISCHER STELLENZUWACHS

Die Hessische Landesregierung setzt in den kommenden Jahren ihre konsequente Sicherheitspolitik fort. 2017 startete mit 1.160 Anwärtern der größte Polizeijahrgang aller Zeiten. 2018/2019 werden jeweils 240 zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter ihr Studium aufnehmen, so dass im Jahr 2022 mit 15.290 so viele Polizisten wie noch nie für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen sorgen werden. Mit diesem nie dagewesenen Stellenplus von elf Prozent in der laufenden Legislaturperiode werden alle Dienststellen des Landes profitieren und die Frauen und Männer der Polizei weiter gezielt entlastet (Seite 27 und 46).

POLIZEIVOLLZUGSBEAMTE



Stärkung der Cybersicherheit

Mit der zunehmenden digitalen Vernetzung steigt auch das Bedrohungspotential durch Hackerangriffe. Die Vorbereitung und Durchführung vieler Straftaten haben sich auch in den virtuellen Raum verlagert. So ist die Ausstattung der hessischen Sicherheitsbehörden mit modernster Informationstechnik auch 2017 ein Thema gewesen, welches mit großer Priorität verfolgt wurde. Um aus dem Cyberraum keinen rechtsfreien Raum werden zu lassen, unternimmt das Land mit der Agenda „Cybersicherheit@Hessen“ immense Anstrengungen. Vom Internet und Darknet als Tatort und Tatmittel über die verschlüsselte Kommunikation zur Tatvorbereitung bis hin zur Abwehr von Infiltrationsversuchen und Cyberangriffen reicht die Bandbreite der aktuellen Herausforderungen. Das neue Kompetenzzentrum „Hessen3C“ befindet sich derzeit im Aufbau. (Seite 39).



Innovationen „made in Hessen“

Neben modernen Schutzausstattungen, „KLB-operativ“ oder „Hessen3C“ setzt Hessen auch auf weitere technische Innovationen. Mit 1,3 Millionen Euro fördert das Land seit 2017 hochmoderne Videoüberwachungsanlagen in den hessischen Städten und Gemeinden (Seite 56), die das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger erhöhen und positiv wahrgenommen werden. Die Body-Cam zum Schutz von Polizeibeamten im Einsatz hat Hessen bereits 2016 eingeführt. Weitere Body-Cams sollen 2018 angeschafft werden, so dass dann 399 Kameras zur Verfügung stehen. Das Tragen der Schulterkameras schreckt bei Kontrollen in Brennpunktbereichen potenzielle Aggressoren ab und trägt zu einer Deeskalation der Kontrollsituation bei.

Die kommunale Sicherheitsinitiative KOMPASS, die in vier hessischen Pilotkommunen Ende 2017 gestartet ist, hat gezeigt, dass eine Intensivierung der Zusammenarbeit von Kommune, Polizei und Bürgerschaft die Sicherheit vor Ort positiv beeinflussen kann. Aus diesem Grund wird die bundesweit einmalige Initiative 2018 für alle hessischen Städte und Gemeinden angeboten. Sie ist eine weitere, wichtige Initiative, um Hessen noch sicherer zu machen.

INNOVATIONEN DER HESSISCHEN POLIZEI

- Prognose-Software „KLB-operativ“ landesweit im Betrieb
- 99 Body-Cams zum Schutz der Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz
- Kompetenzzentrum „Hessen3C“ im Aufbau
- Mittel für Videoüberwachung auf 1,3 Millionen in 2017 erhöht
- rund 1.800 Schutzpakete für „Notinterventionsteams“ (NIT) übergeben
- Drohnen-Pilotprojekt für „Tatort- und Verkehrsunfallaufnahmen“ gestartet
- „Videostreife“ gegen Rettungsgassensünder im Testbetrieb
- KOMPASS-Sicherheitsinitiative eingeführt

Hessen soll noch sicherer werden

Die hessische Landesregierung hat in den vergangenen Jahren eine neue Sicherheitsarchitektur für unser Land geschaffen. Der Rohbau des Sicherheitshauses Hessen steht, dabei wurden modernste Materialien verwendet. In den kommenden Jahren steht nun der Innenausbau auf dem Programm, bei dem so viele Polizeibeamte wie noch nie mithelfen werden. Das Ziel der Hessischen Sicherheitsbehörden ist klar vorgegeben: Hessen soll noch sicherer werden.

GEWALT GEGEN EINSATZKRÄFTE

Die Landesregierung hat sich in den vergangenen Jahren für einen verbesserten Schutz von Einsatzkräften in Hessen und ganz Deutschland stark gemacht. Die hessische Bundesratsinitiative wurde im April 2017 bundesweit im Strafgesetzbuch umgesetzt. Trotz dieser Verschärfung im Strafrecht und trotz Einführung der Body-Cam kam es 2017 zu mehr als 3.500 Übergriffen auf Polizeivollzugsbeamte (2015: 3.071; 2016: 3.458). Als Zeichen der Solidarität hat das Hessische Innenministerium bereits 2015 eine Öffentlichkeitskampagne gestartet. Die Schutzschleife, in den Farben Blau, Rot und Weiß gehalten, steht für die Solidarität mit Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte in Hessen. Über 65.000 Schutzschleifen hat das HMdIS mittlerweile ausgegeben (Seite 54).



Gewalt gegen Einsatzkräfte



Themen, die bewegten - Asyl

ABSCHIEBUNGEN UND FREIWILLIGE AUSREISEN

Menschen, die aus politischen und humanitären Gründen nach Hessen kommen, erhalten Schutz. Diejenigen, die nach Prüfung ihres Asylantrags kein Bleiberecht haben, müssen in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden.

Die rasche Rückführung von Personen, die keine Bleibeperspektive haben, hat in Hessen bereits seit dem Sommer 2015 Priorität. Die hessischen Ausländerbehörden haben daher auch zusätzliches Personal erhalten, um freiwillige Ausreisen und Abschiebungen zu organisieren. Die Polizei unterstützt mit großem Einsatz der Beamtinnen und Beamten den Vollzug der Ausreisepflicht. Sowohl aus Sicht der Betroffenen als auch aus Sicht der mit dem Vollzug beauftragten Behörden ist eine freiwillige Ausreise immer der Abschiebung vorzuziehen. Deshalb werden in Hessen erhebliche Anstrengungen unternommen, um Menschen bei der freiwilligen Ausreise zu unterstützen.

In Hessen wurde Anfang 2017 die staatliche Rückkehrberatung eingeführt. Das Ziel der staatlichen Rückkehrberatung ist es, alle Ausländer über die Möglichkeit einer freiwilligen Rückkehr und dabei insbesondere über behördliche Unterstützung in sachlicher und finanzieller Hinsicht zu informieren. Im Fall einer bestehenden Ausreisepflicht werden den Beratern darüber hinaus noch die Vorzüge einer freiwilligen Ausreise gegenüber einer Abschiebung erläutert. Es hat sich gezeigt, dass viele Asylbewerber eine freiwillige Ausreise erst dann in Betracht ziehen, wenn ihr Asylantrag rechtskräftig abgelehnt wurde und somit eine Abschiebung möglich ist. In diesen Fällen wird die freiwillige Ausreise gegenüber der Abschiebung als vorzuziehend empfunden.

BASA-KONZEPT

Um Mehrfach- und Intensivtätern ohne deutsche Staatsangehörigkeit wirksam entgegenzutreten zu können, setzt die hessische Polizei seit Juli 2016 auf das BasA-Konzept („Besonders auf- und straffällige Ausländer“). In Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden und Staatsanwaltschaften sollen die rechtlichen Möglichkeiten bei der Strafverfolgung und den Maßnahmen zur Ausreise besser und fokussierter ausgeschöpft werden als bisher. Ziel ist es, die Strafverfolgung oder die Rückführung zu beschleunigen. Ohnehin ausreisepflichtige, ausländische Straftäter werden prioritär in ihre Heimat zurückgeführt. Im Jahr 2017 waren dies mehr als 100 besonders auf- und straffällige Personen. Mehr als 500 besonders auffällige Straftäter stehen derzeit insgesamt im Fokus der hessischen Ermittler. Im März 2018 wurde zudem erstmals ein Islamist nach dem sogenannten Gefährder-Paragrafen von Frankfurt aus in sein Heimatland Tunesien abgeschoben. Er stand im Verdacht, einen Terroranschlag vorzubereiten.

Unabhängig davon hat die Erfahrung aber auch gezeigt, dass eine Vielzahl von Ausländern die Möglichkeit einer Ausreise in Anspruch nehmen, obwohl sie nicht ausreisepflichtig sind. Der bestehende Rückkehrwunsch ist dann in der Regel höchst persönlich motiviert. Heimweh bzw. Desillusionierung werden hier als Rückkehrgrund genauso genannt, wie zum Beispiel schwere Krankheit oder der Tod eines nahen Angehörigen bzw. eine eigene schwere Krankheit. In den Beratungsgesprächen wird die Hilfe und Unterstützung der Rückkehrberater bei zum Beispiel der Beschaffung von Passersatzpapieren, der Buchung von Flügen etc. besonders dankbar angenommen. Viele Rückkehrer ist dies eine große Unterstützung, zumal das Land Sachleistungen zur freiwilligen Ausreise fördert. Hierunter fallen unter anderem Kosten für den Transport von Hausstand sowie Kosten für Übergepäck. Diese schnelle, unbürokratische und an den Bedürfnissen des Einzelfalls orientierte Programm ist ein wichtiger Baustein in der Rückkehrberatung. Für das Programm wurde im vergangenen Jahr rund eine Million Euro bereitgestellt.

Im Jahr 2017 wurden 1.142 Asylsuchende in ihr Herkunftsländer zurückgeführt, da sie nach Prüfung ihres Asylantrags kein Bleiberecht hatten. In 2.915 Fällen entschieden sich Menschen zur freiwilligen Ausreise.





Themen, die bewegten - Brand- und Katastrophenschutz

REKORDINVESTITIONEN FÜR DEN BRANDSCHUTZ

Mit 22 Millionen Euro investierte das Land Hessen im vergangenen Jahr so viel Geld wie noch nie innerhalb eines Haushaltsjahres in die Ausstattung des Brandschutzes in Hessen. Dank der hohen Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer 2017 war es dem Land möglich, den Feuerwehren diese Finanzspritze in Rekordhöhe zu gewähren. Im Vergleich zu 2016 stockte das Land seine Investitionen in den Feuerwehrbereich damit um rund zehn Millionen Euro auf. Der große Ersatzbedarf bei den kommunalen Feuerwehren konnte befriedigt werden und es entstand erst gar kein Antragsstau bei den Förderanträgen. Mehr noch: Das Land erreichte eine Bewilligungsquote von über 90 Prozent.

„Mit der Förderquote in historisch hoher Dimension haben wir unser für 2017 ohnehin hochgestecktes Ziel, rund 90 Prozent des Bedarfs der Feuerwehren zu decken, übertroffen. Dies war ein weiterer Meilenstein in der bereits in den Vorjahren erfolgten umfangreichen Brandschutzförderung des Landes und ein deutliches Zeichen der Wertschätzung unserer ehrenamtlichen Einsatzkräfte durch die Hessische Landesregierung“, so Innenstaatssekretär Werner Koch.

Dank der hohen Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer im Jahr 2016 war es dem Land möglich, den Feuerwehren in Hessen eine Finanzspritze in Rekordhöhe zu gewähren. Allein im Jahr 2017 hat das Land Hessen damit die Beschaffung von 190 Fahrzeugen gefördert und weitere 50 Fahrzeuge vorbeschrieben sowie den Bau von 50 Feuerwehrhäusern hessenweit unterstützt.

KATASTROPHENSCHUTZ

Hessen verfügt unter anderem über 52 Betreuungszüge, 42 Sanitätszüge und vier medizinische Task Forces (MTF) sowie rund 400 KatS-Löschzüge. Im Rahmen der Ausstattungsoffensive wurden seit dem Jahr 2008 rund 53 Millionen Euro in die Ausstattung investiert. Die Helferinnen und Helfer verfügen über die umfangreichste und modernste Ausstattung in der Geschichte des Hessischen Katastrophenschutzes.

Die im Katastrophenschutz engagierten über 80.000 Angehörigen der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen – Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Malteser Hilfsdienst (MHD) – sowie des THW geben jeden Tag aufs Neue ihr Bestes, um die Bürgerinnen und Bürger des Landes vor Schaden zu bewahren.

FEUERSCHUTZSTEUER

Der Feuerschutzsteuer ergibt sich anteilig aus Feuerversicherungen, Wohngebäudeversicherungen sowie Hausratversicherungen. Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Feuerschutzsteuer ist bei Feuerversicherungen ein Anteil von 40 Prozent des Versicherungsentgelts, bei Wohngebäudeversicherungen ein Anteil von 14 Prozent des Gesamtbetrages des Versicherungsentgelts und bei Hausratversicherungen ein Anteil von 15 Prozent des Gesamtbetrages des Versicherungsentgelts. Die so erhobenen Beträge werden unter den Bundesländern aufgeteilt. In Hessen werden die Einnahmen aus der Feuerwehrsteuer vollständig in den Brand- und Katastrophenschutz investiert. Je ein Drittel investiert das Land in die Hessische Landesfeuerwehrschule sowie in die Förderung des Brandschutzes in Hessen. Die übrigen Einnahmen fließen unter anderem in den Katastrophenschutz sowie in Anerkennungsprämien.

Einsatzkräfte in Hessen

Insgesamt gibt es derzeit über 2.430 Orts- und Stadtteilfeuerwehren in Hessen, von denen nur wenige (zusätzliche) hauptamtliche Einsatzkräfte. Sechs Berufsfeuerwehren (Frankfurt am Main, Wiesbaden, Darmstadt, Kassel, Offenbach und Gießen) sind im Land mit rund 1.800 Feuerwehrbeamten im Einsatz, die von den Freiwilligen Feuerwehren in den Städten zusätzlich unterstützt werden.

Ansonsten stellen die Freiwilligen Feuerwehren den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe alleine mit ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen sicher. In den Freiwilligen Feuerwehren arbeiteten 2017 insgesamt rund 320 hauptamtliche und rund 70.900 ehrenamtliche Einsatzkräfte.

Förderungen

Etwa 13 Millionen Euro der Mittel für den Brandschutz werden jährlich für die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen an der Hessischen Landesfeuerwehrschule in Kassel (HLFS) und deren Außenstelle, das Jugendfeuerwehrausbildungszentrum (JFAZ) in Marburg, benötigt. In 2017 nutzten etwa



7.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer das umfangreiche Angebot der HLFS in Kassel (rund 90 unterschiedlichen Seminare und Lehrgänge), um sich fortzubilden.

Die Hessische Jugendfeuerwehr erhielt seitens des Landes 160.000 Euro für ihre wichtige Arbeit und damit so viel Geld wie nie zuvor. Zudem fördert das Land auch die Jugendfeuerwehriimagekampagne mit einer Gesamtsumme von rund 360.000 Euro für die Jahre 2016 und 2017. Erste Erfolge sind messbar. Die Anzahl an Kindern- und Jugendlichen in den Hessischen Feuerwehren ist im vergangenen Jahr um drei Prozent gestiegen.

Auch der Landesfeuerwehrverband Hessen ist unterstützt worden. 260.000 Euro erhielten die Interessensvertreter aller Feuerwehren im Land Hessen für ihre wichtige Verbandsarbeit. Ferner förderte das Land Hessen das Deutsche Feuerwehr-Museum mit Standort in Fulda mit 50.000 Euro. Es ist damit das Aushängeschild für die Geschichte der Feuerwehren sowie des Brandschutzes in Hessen.

AUSBLICK

Mit rund 27 Millionen Euro investiert das Land Hessen im Jahr 2018 so viel wie noch nie binnen eines Haushaltsjahres in die Förderung von Feuerwehrfahrzeugen und -häusern. Mit dieser Summe investiert das Land weitere fünf Millionen Euro mehr in die Brandschutzförderung, als im bisherigen Rekordjahr 2017. Zudem stellt das Land zusätzliche Mittel in die Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen in Hessen bereit.

Um die Teilnehmerkapazitäten zu erhöhen und Wartezeiten zu verkürzen, steckt das Land für die Jahre 2018 und 2019 insgesamt rund 5,5 Millionen Euro zusätzlich in die Hessische Landesfeuerwehrschule.

Neben der Ausstattung und Ausbildung führt das Land aber auch sein Engagement im Bereich der Ehrenamtsförderung fort. Dazu gehören Imagekampagnen und zahlreiche Ehrungsmöglichkeiten genauso wie beispielsweise die Auszeichnung „Feuerwehr des Monats“. Hinzu kommen weitere Aktionen und Projekte wie die Landeshelferparty oder das Pilotprojekt „Mehr Feuerwehr in die Schule“, mit dem Kindern und Jugendlichen bereits frühzeitig sowohl Bedeutung als auch Inhalt der wertvollen Arbeit der Feuerwehrangehörigen vermittelt werden soll.

Als weitere Maßnahmen sind der Ausbau einer noch flächendeckenderen Unterstützung im Bereich der Brandschutzerziehung sowie die Anhebung der Anerkennungsprämien in Planung.



Themen, die bewegten - Kommunales

SCHON 94 PROZENT DER HESSISCHEN KOMMUNEN MIT AUSGEGLICHENEM HAUSHALT

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport ist auch das „Kommunalministerium“ und trägt auf dem Weg zur „Schwarzen Null“ als Oberste Finanzaufsichtsbehörde besondere Verantwortung für die Haushalte der hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise. Sie alle haben 2017 weitere erhebliche Konsolidierungsfortschritte erzielt. Nachdem bereits 80 Prozent der Kommunen 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnten, lag dieser Wert 2017 bei 94 Prozent.

Ein großer Erfolg für die Hessische Landesregierung, die ausgeglichene Haushalte fordert, da ein gesundes finanzielles Fundament generationengerecht ist und vor Ort Gestaltungsspielräume für die Zukunft eröffnet. Zum Vergleich: Erst sieben Jahre zuvor, im Jahr 2010, legten nur zehn Prozent der Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt vor. Die positiven Entwicklungen der Kommunal Finanzen kamen einerseits erheblich durch Hilfen und Weichenstellungen des Landes zustande. Der kommunale Schutzschirm, die Kommunalen Investitionsprogramme I & II (KIP), die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und die im Jahr 2017 vorgestellte HESSENKASSE (Siehe Seite 50) zählen zu den vier wichtigsten finanziellen Unterstützungsprogrammen des Landes. Andererseits halfen auf dem eingeschlagenen Weg auch die guten Entwicklungen der kommunalen Steuereinnahmen sowie die positiven Anstrengungen der Kommunen vor Ort.

Das Land zieht in Sachen Konsolidierung mit. In Hessen steht 2018 erstmals seit fast 50 Jahren bereits im Plan die schwarze Null. 2019 will Hessen laut Plan 100 Millionen Euro Schulden tilgen.



„Wir halten an unserem Ziel, eine generationengerechte Politik zu verwirklichen und nicht ständig neue Schulden auf allen staatlichen Ebenen zu machen, fest. Land und Kommunen haben in den letzten Jahren an einem Strang gezogen. Den eingeschlagenen Weg wollen wir konsequent bis zur vollständigen Konsolidierung fortführen.“

PETER BEUTH

KFA MIT REKORDEN

Der Kommunaler Finanzausgleich (KFA) ist das dauerhafte Finanzierungsinstrument der Kommunen. Mit 4,7 Milliarden Euro erhielten die Kommunen in 2017 den höchsten Betrag in der Geschichte des Landes. 4,9 Milliarden Euro sind für 2018 eingeplant. Der KFA wird 2019 erstmals die 5-Milliarden-Grenze durchbrechen (5,2 Milliarden Euro).

IMMER WENIGER SCHUTZSCHIRM-KOMMUNEN

2017 konnten 33 der 100 Schutzschirmkommunen in Hessen zum dritten Mal in Folge einen Haushaltsausgleich vorlegen, der die Grundvoraussetzung dafür ist, das Programm wieder verlassen zu können. Damit befinden sich aktuell nur noch 67 Kommunen unter dem Schutzschirm des Landes. Viele weitere Kommunen werden in den nächsten Jahren die Konsolidierungsverträge mit dem Land ebenfalls einhalten können. Schließlich konnten 90 Prozent der 100 Schutzschirmkommunen aus 2017 das Jahr bereits mit einem ausgeglichenen Haushalt beenden. Zudem erzielten sie zusammen einen Überschuss von 374 Millionen Euro.

ERFOLGSMODELL IKZ

Um vor allen Dingen kleine Gemeinden im ländlichen Raum zu fördern, unterstützt die Hessische Landesregierung seit über zehn Jahren Kommunen über Zuschüsse im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ). Seit Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung 2008 wurden insgesamt mehr als 240 Bewilligungen mit einer Gesamtsumme von rund 17 Millionen Euro, bei einer Beteiligung von annähernd 400 Kommunen, ausgesprochen. Das im Innenministerium befindliche Kompetenzzentrum berät umfassend in allen Fragen der IKZ, wie beispielsweise in Rechtsfragen, bei der Projektentwicklung, der Herbeiführung kommunalpolitischer Entscheidungen, über Fördermöglichkeiten und bei der Antragstellung auf Fördermittel. Im Schnitt konnten in den letzten fünf Jahren rund 33 Zusammenschlüsse pro Jahr gefördert werden. Im Jahr 2017 wurden 34 Kooperationen mit einer Gesamtsumme von 2,070 Mio. Euro gefördert (Siehe Seite 42).

Themen, die bewegten - Sport

44 MILLIONEN EURO FÜR DIE GRÖSSTE BÜRGERBEWEGUNG DES LANDES

JEDER DRITTE HESSE IST IN EINEM SPORTVEREIN

Der Sport ist ein elementarer Bestandteil der aktiven Bürgergesellschaft in Hessen. Über zwei Millionen Menschen betreiben in Hessen organisiert in den Vereinen und Verbänden Sport, noch einmal so viele Menschen werden dem Bereich des „Freizeitsports“ zugerechnet. Hiervon sind ca. 800.000 Kinder und Jugendliche. Das entspricht rund 40 Prozent aller „Freizeitsportler“. Aber auch die über 60-Jährigen sind aktiv: 15 Prozent von ihnen treiben Sport in den Vereinen.

”

Tausende Bürgerinnen und Bürger setzen sich in unserem Land ehrenamtlich für ihre Mitmenschen ein. Als Übungsleiter, Kassenwarte oder Vereinsvorsitzende verbringen sie einen Großteil ihrer Freizeit damit, die Voraussetzungen zu schaffen, damit sich andere sportlich betätigen können. Ohne dieses freiwillige Engagement wäre der organisierte Sport in Hessen undenkbar und unser Land deutlich ärmer



WERNER KOCH


Der Sport ist eine der wichtigsten und erfolgreichsten gesellschaftlichen Organisationen und die größte Bürgerbewegung in Hessen. Es ist deshalb eine unverzichtbare Aufgabe für die Hessische Landesregierung, den Sport in all seinen Facetten zu stärken und zu fördern.

Das Land unternimmt größte Anstrengungen, um zeitgemäße und bedarfsgerechte Sportstätten bereitzustellen und unterstützt den Sport dabei in seiner ganzen Vielfalt und Breite. Verbandsarbeit, ein neuer Kunstrasenplatz, neues Vereinsheim, ein moderner Rasentraktor oder die Ausrichtung eines Turniers: Insgesamt stellte Hessen für die Sportförderung im vergangenen Jahr 44 Millionen Euro bereit.

Rund 20,2 Millionen Euro erhielt dabei der Landessportbund Hessen, der mit dem Geld zum Beispiel die Ausbildung von Übungsleitern, die Arbeitsfähigkeit der Sportkreise und die tägliche Arbeit an seiner Sportschule unterstützt. 9,4 Millionen Euro gingen in die Erhaltung und Modernisierung von Sportstätten. Außerdem standen für die Förderung des Leistungssports insgesamt 2,1 Millionen Euro zur Verfügung. Für Projekte zur Förderung der Integration und der Gewaltprävention wurden knapp drei Millionen Euro bereitgestellt. Hier ist insbesondere das Programm „Sport und Flüchtlinge“ hervorzuheben, das mit 2,4 Millionen Euro zur Integration von Flüchtlingen hinterlegt ist (Siehe Seite 28/68).

Einen herausragenden Stellenwert im Bereich der Sportförderung nimmt das Sonder-Investitionsprogramm „Sportland Hessen“ ein. Das Landesprogramm besteht seit 2007, fördert den Sport jährlich mit fünf Millionen Euro, und feierte im vergangenen Jahr sein zehnjähriges Jubiläum. Innerhalb dieser Zeit wurden 1.747 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen von 48 Millionen Euro erteilt (Siehe Seite 74).

Die Landesregierung Hessens hat in den vergangenen zehn Jahren durch intensive Förderung einen Spitzenplatz als Sportland im nationalen Vergleich erreicht. Seit 1999 haben sich die Mittel für den Sport vervielfacht.



Themen, die bewegen - Landesticket

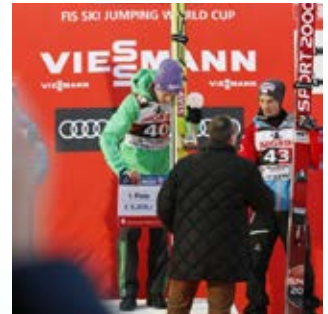
HESSEN: BESCHÄFTIGTE HABEN FREIE FAHRT IM ÖPNV

In Hessen heißt es seit dem 1. Januar 2018 für die Beschäftigten des Landes Hessen: Bitte einsteigen. Für sie gilt seither freie Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr - und das nicht nur für den Arbeitsweg. Rund 90.000 Beamtinnen und Beamte, mehr als 45.000 Tarifbeschäftigte und etwa 10.000 Auszubildende profitieren vom LandeTicket Hessen. Im Rahmen eines Gesamtpakets haben sich letztlich die Tarifvertragsparteien auf die Einführung des LandeTickets verständigt und hierzu einen Tarifvertrag - TV LandeTicket Hessen - geschlossen. Mit dem LandeTicket Hessen gelingt die optimale Verquickung von Ökologie und verantwortungsvollem Haushalten mit der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes um die klügsten Köpfe. Hessen zeigt damit, dass das Land ein moderner, zuverlässiger und familienfreundlicher Arbeitgeber ist (Siehe Seite 63).

JANUAR

Willingen Ski Weltcup 2017

KULT-WELTCUP AUF DER MÜHLENKOPFSCHANZE EINER DER HESSISCHEN SPORT-HÖHEPUNKTE



Eine der größten Freizeitattraktionen und das Wahrzeichen der Touristikhochburg Willingen (Upland) ist die Mühlenkopfschanze im idyllisch gelegenen Strycktal. Das mittlerweile 35.000 Fans fassende Weltcup-Stadion ist seit 1995 Austragungsort des Weltcup-Skispringens des Internationalen Skiverbandes (FIS) und genießt als Aushängeschild der Region bundesweit einen hervorragenden Ruf. Der Hessische Sportminister Peter Beuth besucht beinahe jährlich das Weltcup-Skispringen, um den Organisatoren und rund 1.300 ehrenamtlichen Helfern vor Ort für ihren Einsatz zu danken.

Die Mühlenkopfschanze als herausragende Sportstätte wird vom Land Hessen bewusst fördert. Seit 2011 flossen rund zwei Millionen Euro in den wettkampfgerechten Ausbau der „größten Großschanze der Welt“. Fast eine Million Zuschauer verfolgen die hochklassigen Wettkämpfe mittlerweile live vor dem Fernseher. Die Mühlenkopfschanze ist eine hessische Erfolgsgeschichte.



AMTSGÄNGE KÜNFTIG VOM WOHNZIMMER AUS ERLEDIGEN

Die Digitalisierung der Landesverwaltung nimmt weiter Formen an: Das neue Portal „service.hessen.de“ bietet seit Januar 2017 Bürgern, Unternehmen und Verwaltungen digitale Dienstleistungen und vielfältige Informationen in mehr als 150 Themengebieten rund um die Hessische Landesverwaltung an. Die Informationen können schnell, einfach und übersichtlich abgerufen und in Anspruch genommen werden. Damit legt das Land den technischen Grundstein für stetige Erweiterungen in der Zukunft.



IKZ Fulda Behördennummer 115

21 KOMMUNEN KOOPERIEREN BEI BÜRGERSERVICE 115

21 kreisangehörige Städte und Gemeinden kooperieren im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit seit Januar 2017 im Landkreis Fulda bei der flächendeckenden Sicherstellung des telefonischen Bürgerservices unter der Behördenrufnummer 115. Die kooperierenden Gemeinden sparen Personal, aber vor allem Geld in Höhe von knapp 800.000 Euro im Jahr ein. Mit der Förderung von 100.000 Euro trägt das Land seinen Teil dazu bei, den Ausbau der Behördennummer hessenweit zu unterstützen und den Bür-

gerinnen und Bürgern ein möglichst vollumfassendes Serviceangebot zu machen.

Ziel der Behördennummer 115 ist es, die Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung weiter zu erhöhen. Die Service-Hotline gibt zu den häufigsten Fragen über Leistungen von Bund, Land und Kommunen Auskunft. Kann eine Anfrage nicht direkt beantwortet werden, erhält der Bürger einen Rückruf innerhalb 24 Stunden.





BLINKPFEILE ZUR SICHERUNG DES UNFALLOORTES WIEDER MÖGLICH

Bei schweren Verkehrsunfällen sind häufig Feuerwehren die ersten Einsatzkräfte, die am Unfallort eintreffen. Um die Unfallstelle bestmöglich absichern zu können, haben die Feuerwehren in Hessen die erforderlichen Möglichkeiten zur Absicherung der Einsatzstelle. Dank eines Erlasses des Innen- und Verkehrsministeriums können sie künftig wieder Blink- und Leuchtpfeile sowie fahrbare Absperrtafeln einsetzen. Das hilft den Feuerwehrleuten, sich selbst am Unfallort zu schützen. Und es verringert die Gefahr von Folge- und Auffahrunfällen. Der im Januar 2017 vom Verkehrs- und Innenministerium unterzeichnete gemeinsame Erlass konkretisiert eine Regelung im Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz (§ 6 Abs. 1 HBKG). Eine hessische Aus-

nahmegenehmigung hatte den Feuerwehren bis November 2016 gestattet, zusätzlich zu den Heckwarnsystemen auch verkehrslenkende Maßnahmen mit Hilfe von Signalvorrichtungen vorzunehmen, um bei Verkehrsunfällen bis zum Eintreffen der Polizei andere Verkehrsteilnehmer um den Einsatzbereich herum zu lenken. Der Bund hatte 2013 die Ausgestaltung solcher Heckwarnsysteme in der Straßenverkehrszulassungsordnung vereinheitlicht, damit aber keine Befugnis verkehrslenkender Maßnahmen verbunden. Der hessischen Ausnahmegenehmigung war damit der Boden entzogen. Hessen hatte wiederholt und zuletzt im Spätsommer 2016 den Bund auf die Bedürfnisse der Feuerwehren hingewiesen.

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER HILFSORGANISATIONEN

Anlässlich der Jahresauftraktssitzung der Arbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen im Hessischen Katastrophenschutz hat Innenminister Peter Beuth Förderbescheide an die Hilfsorganisationen übergeben. Die Arbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen besteht aus dem Arbeiter Samariterbund, dem Deutschen Roten Kreuz, der Johanniter Unfallhilfe, dem Malteser Hilfsdienst sowie der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft. Die Hilfsorganisationen stimmen sich in der AG in allen grundlegenden Fragen des Katastrophenschutzes ab, um organisationsübergreifend mit einer Stimme sprechen zu können. Die AG KatS ist der zentrale Ansprechpartner des HMdIS in allen Fragen, die die weißen Organisationen und die DLRG im Katastrophenschutz betreffen. Insbesondere sind damit die Angelegenheiten der Aufgabenbereiche Sanität, Betreuung und Wasserrettung abgedeckt. Turnusmäßig hat jede Organisation ein Jahr lang den Vorsitz der AG KatS inne und stellt dessen Geschäftsstelle.

Das Land stattet den Katastrophenschutz und die mitwirkenden Hilfsorganisationen in Hessen bestmöglich aus. Die Fördermittel dienen der Sicherstellung einer angemessenen Ausbildung der Helferinnen und Helfer durch die Organisationen nach den Vorgaben des Landes. Darüber hinaus fördert das Land die Anschaffung der persönlichen Schutzausrüstung für die Helferinnen und Helfer. Zusätzlich erhalten die Landesverbände der Hilfsorganisationen einen Zuschuss zu den Verwaltungskosten sowie für kleinere Baumaßnahmen. Den weißen Einheiten im Sanitäts- und Betreuungsdienst wurde von 2008 bis 2017 Katastrophenschutz-Ausstattung im Wert von über 21 Mio. Euro bereitgestellt. Darüber hinaus erhalten die weißen Organisationen jährlich Landesgelder in Höhe von insgesamt rd. 2,2 Mio. Euro zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Hessischen Katastrophenschutz.



Aufklärungsquote weiter gestiegen, Wohnungseinbruchdiebstahl und Straßenkriminalität rückläufig

POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK 2016: HESSISCHE POLIZEI ARBEITET WEITER ERFOLGREICH

Die positive Bilanz der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) des Landes Hessen setzte sich auch im Jahr 2016 fort. Bei einer geringfügig erhöhten Gesamtfallzahl von 403.188 im Jahr 2015 auf 412.104 in 2016 lag die **Aufklärungsquote mit 62,7 Prozent** um fast drei Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Im Langzeitvergleich der vergangenen 20 Jahre war sie sogar um mehr als 18 Prozentpunkte höher als im Jahr 1997. Damit erreichte das Land den höchsten jemals erhobenen Wert seit Einführung der EDV-gestützten PKS im Jahr 1971.

Einbrüche und Straßenkriminalität rückläufig

Die Bilanz: Im Vergleich 2015 war ein Rückgang der Fallzahlen beim Wohnungseinbruchdiebstahl (WED) um 1.190 (-10,3 Prozent) auf insgesamt 10.405 WED festzustellen, wobei sich die Aufklärungsquote auf Vorjahresniveau bewegte. Die Anzahl der vollendeten WED nahm hingegen um 2,7 Prozentpunkte ab, damit stieg die Versuchsquote 2016 auf 46,5 Prozent.

Während vor 20 Jahren noch 140.420 Fälle der Straßenkriminalität registriert wurden, war in 2016 nur noch ein Fallaufkommen von 72.712 Fällen festzustellen (-48,2 Prozent). Die Zahl der Diebstähle insgesamt ging im Vergleich zum Vorjahr um 10.585 Fälle (-7,0 Prozent) auf 141.410 Fälle ebenfalls zurück.

Gewalt gegen Polizisten auf Höchststand

Die Gewaltstraftaten gegen Polizeibedienstete stiegen hingegen 2016 auf einen Höchststand wurden 3.468 Polizeibedienstete, inklusive Wachpolizei und sonstiger Beschäftigter als Opfer registriert, im Jahr 2015 waren es noch 3.071 (+12,9 Prozent).





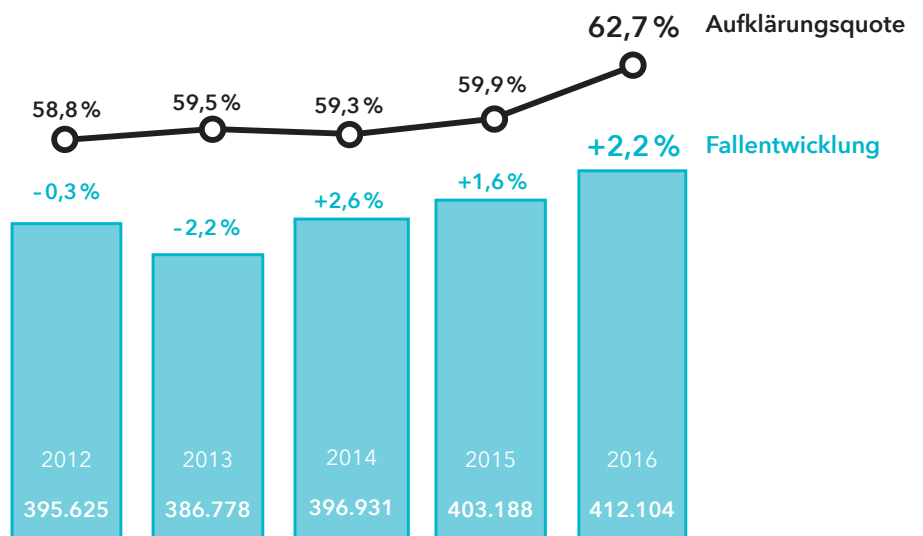
Die guten Ergebnisse bei der Bekämpfung der Straftaten wertete Innenminister Peter Beuth als das Verdienst der hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten sowie als Beleg der erfolgreichen Sicherheitspolitik der Hessischen Landesregierung. „Der traurige Höchststand bei Gewaltübergriffen gegen Polizeibeamten zeigt hingegen, dass die von Hessen angestrebte Gesetzesinitiative zum verbesserten Schutz der Beamtinnen und Beamten zwingend notwendig und längst überfällig ist. Ich begrüße es deshalb sehr, dass seitens des Bundes Anfang Februar ein Gesetzesentwurf vorgelegt

worden ist. Gleichzeitig erwarte ich allerdings von der Bundesregierung, dass auch die hessische Forderung nach einer Mindeststrafe von sechs Monaten für Angriffe auf Einsatzkräfte noch aufgenommen wird“, so Innenminister Peter Beuth auf der Pressekonferenz im Hessischen Landtag.

Die ausführliche Kriminalitätsstatistik für 2016 ist unter www.polizei.hessen.de abrufbar.

Land Hessen 2012-2016

**POLIZEILICHE
KRIMINALSTATISTIK**





Gemeinsam für mehr Cybersicherheit (v.l.n.r.): Prof. Dr. Dieter W. Fellner, Prof. Dr. Michael Waidner, Innenminister Peter Beuth, Prof. Dr. Peter Buxmann und Prof. Dr. Michael Massoth.

Innenministerium intensiviert Förderung der Cybersicherheitsforschung

GEMEINSAM INNOVATIONEN GEGEN DATENDIEBE ENTWICKELN

Die Bedeutung von IT- und Cybersicherheit nimmt stetig zu. Aus diesem Grund intensiviert das Hessische Innenministerium seine Forschungsförderung im Bereich der Cybersicherheit. Bei einem Treffen im Februar mit Vertretern der Technischen Universität und Hochschule Darmstadt sowie die Darmstädter Fraunhofer-Institute für Sichere Informationstechnologie in Wiesbaden betonte Innenminister Peter Beuth die Bedeutung eines engen Austauschs zwischen Politik und Cybersicherheitsforschung. „Unser Ziel ist es, im engen Schulterschluss mit unserem Wissenschaftsstandort, innovative Produkte zu entwickeln, die für mehr Datensicherheit im Netz beitragen sollen“, betonte Innenminister Peter Beuth.

Cybersicherheit@Hessen

„Die Hessische Landesregierung verfolgt beim Thema Schutz in der virtuellen Welt mit der Agenda ‚Cybersicherheit@Hessen‘ einen ganzheitlichen Ansatz. Erst 2015 hat das Land 2,5 Millionen Euro für das „Kommunale Dienstleistungszentrum Cybersicherheit“ zur Verfügung gestellt. Es bietet hessischen Kommunen kostenlos ein ganzes Portfolio an Beratungsleistungen, Analyseinstrumenten und Schulungen, um ihre IT-Infrastrukturen abzusichern. Ziel ist es,

die IT vor allem in den kleineren Kommunen sicherer zu machen. 2015 hatten schon mehr als 150 mehr als 150 Städte und Gemeinden teilgenommen.

Hessen 3C

Im Kampf gegen Internetkriminalität und Cyberangriffe baut Hessen derzeit zudem ein eigenes „Cybercrime Competence Center“ auf. Unter „Hessen 3C“ sollen künftig Fachleute aus Polizei, Landeskriminalamt, Verfassungsschutz und dem IT-Bereich des Landes Maßnahmen zur Cybersicherheit identifizieren, um daraus konkrete Handlungsempfehlungen für den Kampf gegen Datendiebstahl und virtuelle Straftaten zu erarbeiten und die eigene Informationstechnik besser vor Angriffen zu schützen. „Virtuelle Straftaten müssen reale Konsequenzen haben, deshalb stärken wir in diesem Jahr die hessische Polizei mit 120 zusätzlichen Stellen im Bereich Cybercrime/Organisierte Kriminalität“, kündigte Peter Beuth im Rahmen des Treffens mit den Vertretern aus der Cybersicherheitsforschung an.

(Weitere Informationen zu Hessen 3C finden Sie auf S. 39)

1.155 Anwärterinnen und Anwärter werden 2020 ihr Polizeistudium in Hessen beendet haben

DER GRÖSSTE AUSBILDUNGSJAHRGANG ALLER ZEITEN

Ein Nachwuchsproblem gibt es bei der hessischen Polizei nicht. Insgesamt 1.155 Anwärterinnen und Anwärter nahmen im vergangenen Jahr ihr Studium an einem der Studienstandorte in Wiesbaden, Mühlheim am Main, Gießen oder Kassel auf. Die ersten 540 Anwärterinnen und Anwärter nahmen ihre Ausbildung zu Polizeikommissarinnen und -kommissaren sowie Kriminalkommissarinnen und -kommissaren im gehobenen Polizeidienst bereits im Februar des Jahres auf und wurden von Innenminister Peter Beuth zum Start der Ausbildung an der Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV) in Wiesbaden begrüßt.

Weitere 615 Anwärterinnen und Anwärter folgten im Herbst des Jahres 2017.

Land unternimmt mehr für die Sicherheit

Die neuen Anwärterinnen und Anwärter gehören zum mit Abstand größten Ausbildungsjahrgang in der Geschichte der hessischen Polizei und werden nach ihrer dreijährigen Ausbildung Jahr 2020 eine weitere deutliche Stärkung der Polizei herbeiführen. Für den Einstellungstermin im Februar

2017 waren mit 2.750 nahezu 1.000 Bewerbungen mehr eingegangen als noch für den Einstellungstermin im Februar 2016. Das nach wie vor große Interesse zeigt, dass der Polizeiberuf nichts von seiner Faszination verloren hat.

REGIERUNGSERKLÄRUNG „ERFOLGREICHE POLIZEIARBEIT: DIE HESSEN LEBEN SICHER“

In seiner Regierungserklärung im Hessischen Landtag untermauerte der Hessische Innenminister Peter Beuth, dass die Kriminalität in Hessen konsequent und verlässlich bekämpft werde und die hessische Sicherheitspolitik erfolgreich sei. „Die hessische Polizei ist technisch und personell auf einem hervorragenden Stand, der bundesweit einen Spitzenplatz einnimmt. So kann sie nicht nur auf die neueste Technik zurückgreifen, sie verfügt auch über mehr und besser ausgebildetes Personal als jemals zuvor“, so Innenminister Peter Beuth, der auf die verbesserte Ausstattung und Organisation der Sicherheitsbehörden aufmerksam machte.





Programm „Sport und Flüchtlinge“

ÜBER 150 SPORT-COACHES TAUSCHEN SICH IN WETZLAR AUS

Dem Sport kommt bei der Integration der vielen Tausend Flüchtlinge, die nach Hessen gekommen sind eine besondere Rolle zu. Darüber waren sich im Februar über 150 Sport-Coaches, die sich ehrenamtlich in ihren Gemeinden im Landesprogramm „Sport und Flüchtlinge“ engagieren, einig. Bei der Veranstaltung „Rückblick 2016 und Ausblick 2017“ in der Sport- und Bildungsstätte in Wetzlar tauschten sich die Sport-Coaches untereinander aus und besprachen, wie noch schnellere und unbürokratischere Hilfe in der Flüchtlingsarbeit sichergestellt werden kann.





BESONDERER DANK AN PHK'IN KATHRYN GRAUN

Innenminister Peter Beuth überreichte PHK'in Kathryn Graun, PP Frankfurt, die Dankesurkunde des Bundesministeriums des Innern für ihre 14 monatige Tätigkeit im German Police Project Team in Afghanistan, insbesondere im Führungsstab.



Polizeibeamtinnen und -beamte im Innenministerium empfangen

VOM AUSLANDSEINSATZ HEIMGEKEHRT

Einsatzkräfte der hessischen Polizei nehmen bereits seit 1995 an weltweiten Friedens- und Hilfsmissionen teil. 2016 waren elf hessische Polizeivollzugsbeamte als Polizeiberater, Trainer, Ausbilder, Beobachter, Spezialisten oder in Stabs- und Führungsverwendungen im Ausland in Palästina, Haiti, Ghana, Mali, Georgien, Kosovo und Afghanistan tätig. Im Rahmen des zweimonatigen EU-Unterstützungseinsatzes FRONTEX arbeiteten in 2016 zudem 27 Polizeivollzugsbeamtinnen an den Hotspots in Griechenland, Italien und in Bulgarien. Staatsminister Beuth dankte den Beamtinnen

und -beamten für ihr Engagement und die wertvollen internationalen Aufbau- und Sicherheitsbeiträge, die letztendlich auch für die Innere Sicherheit in Hessen bedeutsam sind.

Stand März 2018 befinden sich in Hessen rund 50 Beamtinnen und Beamte im Pool für Auslandseinsätze für internationale Polizeimissionen; im Personalpool für die FRONTEX-Unterstützung sind es etwa 100 Polizeibeamtinnen und -beamte.

MÄRZ

Zahlreiche Verbesserungen für rund 45.000 Tarifbeschäftigte

TARIFVERHANDLUNGEN FINDEN IN DIETZENBACH IHREN ABSCHLUSS

Nach dem Auftakt der Tarifverhandlungen am 27. Januar finden die Beratungen am 3. März des Jahres in Dietzenbach ihr Ende. 16 Stunden hatten die Tarifpartner am Verhandlungstisch beraten und sich letztendlich auf zahlreiche strukturelle Änderungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen verständigt. Diese erhalten ein gestaffeltes Lohnplus von 4,2 Prozent, stufenweise Höhergruppierungen, eine zusätzliche Endstufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15, eine Fachkräftezulage sowie ein hessenweites Jobticket für den öffentlichen Personennahverkehr.

Das Jobticket gilt seit dem 1. Januar 2018 dabei zu jeder Tag- und Nachtzeit für ganz Hessen für den Nah- und Regionalverkehr, mit üblichen Mitnahmeregeln: Partner fahren also beispielsweise ab 19 Uhr unter der Woche kostenlos mit sowie am gesamten Wochenende. Kinder sind immer kostenfrei mit dabei. Da traditionell in Hessen besonderer Wert auf Familienfreundlichkeit gelegt wird, einigten sich die Tarifpartner auch auf weitere Verbesserungen bei der Berücksichtigung der Eltern- und der Pflegezeiten.



Die wichtigsten Punkte des neuen Tarifvertrags im Überblick:

- +2,0 Prozent ab dem 1. März 2017
- Sozialkomponente von mindestens 75 Euro
- +2,2 Prozent ab dem 1. Februar 2018
- Auszubildende erhalten insgesamt 70 Euro mehr sowie einen zusätzlichen Urlaubstag
- stufengleiche Höhergruppierungen
- eine zusätzliche Endstufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15
- bis zu rund 1.000 Euro Fachkräftezulage
- hessenweites Jobticket



**Gute Haushaltslage ermöglicht Übertragung des
Tarifergebnisses**

MEHR GELD AUCH FÜR HESSENS LANDESBEAMTE

Zwei Wochen nach Abschluss der Tarifverhandlungen geben Ministerpräsident Volker Bouffier und Innenminister Peter Beuth in der Landespressekonferenz im Hessischen Landtag bekannt, dass das Tarifergebnis für die Angestellten im Öffentlichen Dienst auch auf die Beamten übertragen wird. Neben den rund 45.000 Landesbeschäftigten erhalten damit auch die 90.000 Beamten sowie die Pensionäre in Hessen ein Lohnplus von 4,2 Prozent.

„Das Land Hessen hat im Haushaltsjahr 2016 keine neuen Schulden gemacht. Aufgrund der guten Haushaltslage haben wir uns entschlossen, den neuen Hessen-Tarif auf alle Landesbediensteten zu übertragen. Damit wollen wir die wertvolle Arbeit, die Beamte und Angestellte tagtäglich im Dienste des Landes leisten, besonders anerkennen. Auch die Beamtinnen und Beamten profitieren damit von dem maßgeschneiderten Tarifabschluss, der neben einem kräftigen Lohnplus auch zahlreiche weitere Verbesserungen bringt und gleichzeitig im Einklang mit unserer Schuldenbremse und der Verpflichtung des verantwortungsbewussten Haushaltes steht“, so der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier.



Verkehrsunfallstatistik 2016: Jedes fünfte Todesopfer war 2016 ein Motorradfahrer

NEUE TECHNIK GEGEN RASER AUF ZWEI RÄDERN

Im Jahr 2016 sind bei Verkehrsunfällen in Hessen 231 Menschen ums Leben gekommen. Dies geht aus der Verkehrsunfallstatistik 2016 hervor, die im März im Hessischen Innenministerium vorgestellt wurde. Damit starben auf Hessens Straßen 13 Menschen weniger als noch 2015. Die Zahl der Gesamtunfälle in Hessen ist dagegen um rund 5.500 Fälle auf 141.133 Verkehrsunfälle gestiegen.

Einen Schwerpunkt bei der Prävention von Verkehrsunfällen in Hessen genießen Motorradfahrer. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie bei einem Unfall schwer verletzt werden oder ums Leben kommen, ist weitaus höher als bei anderen Verkehrsteilnehmern: Mit knapp 4.100 Unfällen machen sie zwar nur einen Bruchteil der Gesamtunfallzahl aus - jedoch war 2016 jedes fünfte Todesopfer im Straßenverkehr ein Motorradfahrer.

Maßnahmen zur Unfallreduzierung

Um die Zahl der Verkehrsunfälle weiter zu reduzieren und insbesondere die Fälle von Getöteten und Schwerverletzten zu minimieren, hat die hessische Polizei bereits in den vergangenen Jahren vielfältige Maßnahmen initiiert. Dazu gehört unter anderem ein neues Zivilmotorrad für eine noch



gezieltere Jagd auf Temposünder. Das neue Zivilmotorrad wird den Einsatz des bereits vorhandenen ProVida-Motorrads sinnvoll ergänzen und in verschiedenen vielbefahrenen, unfallträchtigen Regionen, wie zum Beispiel im Odenwald oder rund um den Großen Feldberg, zum Einsatz kommen.

Da die Zahl der Unfälle, an denen Senioren beteiligt waren, gestiegen ist, wird die Präventionskampagne MAX (maximal mobil bleiben - mit Verantwortung), die sich bewusst an ältere Bürgerinnen und Bürger richtet, fortgeführt. Die Aktion hat das Ziel, dass Senioren sich sicherer im Straßenverkehr bewegen können. Dazu gehören nicht nur polizeiliche Beratung, sondern Seh- oder Hörtests. 2016 wurden hessenweit 82 Veranstaltungen durchgeführt und es gab z.B. bei Messen insgesamt 43 Infostände zu diesem wichtigen Thema.



Schlüsselübergabe

BAD AROLSER POLIZEI ERHÄLT NEUE HEIMAT

Die Polizeistation Bad Arolsen bezog ihr neues Dienstgebäude. Staatssekretär Werner Koch weihte das neue Dienstgebäude, in welchem den Ordnungshütern moderne, dem technischen Standard entsprechende Funktions- und Büroräume zur Verfügung stehen, im März des Jahres ein.

Großkontrollen

LÄNDER KOOPERIERTEN BEI BEKÄMPFUNG VON WOHNUNGSEINBRUCHSDIEBSTAHL

2.818 Personen und 1.538 Fahrzeuge wurden am zweiten Märzwochenende 2017 in Hessen im Rahmen einer Länderkooperation zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl (WED) an verschiedenen Kontrollstellen überprüft. Mehr als 900 Landesbeamtinnen und -beamte waren bei dieser Aktion in Absprache mit den beteiligten Nachbarländern Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im Einsatz. Im Bereich des Wohnungseinbruchsdiebstahls gilt das Augenmerk der Hessischen Polizei der Beratung zur Sicherung von Haus und Wohnung. Zudem werden gezielte Kontrollmaßnahmen auf Autobahnen durchgeführt, die mögliche Täter abschrecken.



Die Fallzahlen im Bereich des **Wohnungseinbruchdiebstahls** sanken im Jahr 2016 mit insgesamt 10.405 Fällen um 10,3 Prozent (2015: 11.595) auf den tiefsten Stand seit 2010. Dabei erreichte die Versuchsquote 2016 den Bestwert von 46,5 Prozent – damit konnten die tatsächlich vollendeten Wohnungseinbruchdiebstähle im Langzeitvergleich über die letzten 20 Jahre mehr als halbiert werden.

* 2016 wurden aus diesem Grund fast 7.000 mobile **Geschwindigkeitskontrollen** von der Polizei durchgeführt und dabei Bußgelder in einer Gesamthöhe von rund 12 Millionen Euro verhängt. Durch stationäre Messgeräte beliefen sich die Bußgelder auf rund 4,6 Millionen Euro. Der Kontrolldruck ist im Vergleich zu den Vorjahren gleichbleibend hoch.

* Erhöhte Geschwindigkeit ist noch immer Unfallursache Nummer Eins bei Verkehrsunfällen.

Um reisende Tätergruppen ausfindig zu machen, finden an Hessens Autobahnen immer wieder Großkontrollen statt.



EIGENES REFERAT

Um den Behindertensport in Hessen noch umfassender unterstützen zu können, erfolgte bereits Mitte 2015 die Einrichtung eines Referats in der Sportabteilung, das ausschließlich für die Bereiche Sport für Menschen mit Behinderung und Inklusion im Sport zuständig ist. Das ist bisher auf Landesebene einmalig und zeigt den Stellenwert der Thematik für die Hessische Landesregierung.

700 ATHLETEN BEI DEN SPECIAL OLYMPICS

700 Athletinnen und Athleten waren bei den Special Olympics in Willingen 2017 am Start. Für eine Woche waren die Sportstätten Schauplatz für mitreißende Wettbewerbe und emotionale Momente. Die Wettbewerbe fanden in sechs Sportarten und dem Wettbewerbsfreien Angebot statt. Die Special Olympics bieten dem inklusiven Gedanken im Sport regelmäßig eine zentrale Bühne.

„Mit der Veranstaltung bringen wir die Inklusion im Sport in Hessen in das Bewusstsein der Menschen und sensibilisieren die Gesellschaft für dieses wichtige Thema. Menschen mit Behinderung sollen über den Sport eine Teilhabe an der Gesellschaft eröffnet werden“, sagte Peter Beuth bei seinem Vor-Ort-Besuch. Das Land unterstütze die Special Olympics in Willingen mit einer Förderung in Höhe von 60.000 Euro.

Erstmals wurde ein salafistisch ausgerichteter Verein in Hessen verboten

TREFFPUNKT FÜR SALAFISTEN FÜR IMMER GESCHLOSSEN

Mit der Übergabe der Verbotsverfügungen an die Mitglieder des Vereins „Almadinah Islamischer Kulturverein e.V.“ in Kassel durch Beamte des Polizeipräsidiums Nordhessen darf erstmals seit März 2017 in Hessen ein salafistisch ausgerichteter Verein nicht mehr tätig werden. Der Verein förderte ein jihadistisch-salafistisches Netzwerk und bot in der Medina-Moschee eine Plattform für den Austausch und Aufruf zu Hass und Gewalt gegen andere Religionsgruppen, Staaten und Völker sowie allgemein anders denkende Menschen.

Nach sicherheitsbehördlichen Erkenntnissen waren mehrere Besucher der Medina-Moschee aus Kassel nach Syrien ausgereist. Mit der Verbotsfeststellung wurden die Vereinsstrukturen zerschlagen und weitere Hasspredigten sowie Unterrichte in der Medina-Moschee unverzüglich beendet.

Das Vereinsverbot ist das bisher vierte ausgesprochene in Hessen. Die bisherigen betrafen die Hells Angels „Charter Frankfurt“ und „Charter Westend“ (beide 2013) sowie den als rechtsextremistisch eingestuften Verein „Sturm 18 e.V.“ (2015). Die Verbote zeigen, dass sich die hessischen Sicherheitsbehörden jeglichen Gefahren des Extremismus und der Radikalisierung weiterhin entschieden entgegenstellen.



„ Es geht hier nicht um einen religiösen Dialog, sondern darum, insbesondere junge Menschen zu indoktrinieren, zu radikalieren und am Ende in den Irak oder nach Syrien zu schicken. Mit dem Vereinsverbot entziehen wir der jihadistisch-salafistischen Szene in Kassel einen zentralen Radikalisierungsraum.

PETER BEUTH IM MÄRZ 2017



APRIL



46 Landes-Dienststellen und Hochschulen als „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ und „Familienfreundliche Hochschule“ ausgezeichnet

ARBEITGEBERATTRAKTIVITÄT DES LANDES STEIGT STETIG

45 Landes-Dienststellen sowie die Frankfurt University of Applied Sciences sind in Wiesbaden mit dem Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“ bzw. „Familienfreundliche Hochschule Land Hessen“ ausgezeichnet worden. Ministerialdirigent Günter Hefner, Leiter der Zentralabteilung im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, nahm die Auszeichnung vor. Bereits im vierten Jahr in Folge verleiht das Land das Gütesiegel an besonders engagierte Einrichtungen. Mit dem Gütesiegel werden Dienststellen, Gerichte oder Hochschulen, die mit ihrer Bewerbung um das Gütesiegel die Entscheidung getroffen haben, sich den Anforderungen an eine moderne Verwaltung zu stellen, ausgezeichnet. Unter den insgesamt 46 Ausgezeichneten finden sich auch alle 30 Dienststellen, die 2015 erstmals das Gütesiegel erhalten haben.



„Hessen stellt sich als größter Arbeitgeber in unserem Land den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels. Neben der Sicherheit des Arbeitsplatzes und einer wertschätzenden Unternehmenskultur kommt gerade der Balance zwischen Familie und Beruf eine immer größere Bedeutung zu.“

GÜNTER HEFNER

Mitarbeiter des Landes brachten auch 2017 zahlreiche Verbesserungsvorschläge ein

WESTE FÜR DEN „EINSATZLEITER ORT“ AUF DEN WEG GEBRACHT

Das Referat für Organisation und Verwaltungsmodernisierung (Z1) hat im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport den Vorsitz des Zentralen Ideenmanagements des Landes inne. Hier können Vorschläge der Landesmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die zu einer Verbesserung im Arbeitsalltag führen eingereicht werden. Sie werden sodann geprüft, anerkannt und letztendlich mit auf den Weg gebracht.

Im Jahr 2017 wurden wieder zahlreiche gute Vorschläge eingereicht, die für die gesamte Landesverwaltung von Bedeutung sein können. Neben der Idee für eine neue Polizeiweste, die für den „Einsatzleiter Ort“ gedacht ist, prämierte das Ministerium einen Ideengeber für den Verbesserungsvorschlag „Verwendung undurchsichtiger Briefumschläge bei sicherheitsrelevanten/datenschutzrechtlichen Schreiben“. Um die sensiblen und persönlichen Daten von Bürgerinnen und Bürgern sowie von allen Bediensteten des Landes Hessen zu schützen, wurde vorgeschlagen, vertrauliche Mitteilungen für die Bediensteten der Landesverwaltung in undurchsichtigen Briefumschlägen zu verwenden.

Zu den prämierten Vorschlägen der vergangenen Jahre gehörte beispielsweise die Body-Cam, die zur Sicherheit der Polizeibeamtinnen und -beamten in Brennpunktgebieten eingesetzt werden und von Mitarbeitern der hessischen Polizei erfunden wurden. Auch die Einbruchsprognosesoftware „KLB-operativ“, die seit Ende 2017 flächendeckend in ganz Hessen eingesetzt wird, wurde von hessischen Polizeibeamten entwickelt und im Rahmen des Ideenmanagements ausgezeichnet.

EIGENES REFERAT

Mit dem Ideenmanagement fördert die Hessische Landesregierung die Kreativität und das Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ziel ist die bürgerorientierte, effektive und wirtschaftliche Aufgabenerledigung. Die Führungskräfte sind verpflichtet ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Verbesserungsvorschlägen zu motivieren und die anerkannten Vorschläge unverzüglich umzusetzen.



Innenminister Peter Beuth prämierte Sercan Arnitali für seine Idee zur Einführung einer neuen Polizeiweste. Diese soll künftig dem „Einsatzleiter Ort“ (ELO) bereitgestellt werden, damit dieser für alle an einem Einsatz beteiligten Akteure eindeutig, unverwechselbar und sofort erkennbar ist. Die Führungsfunktion „Einsatzleiter Ort“ wird – je nach Situation – nach Art und Größe der Lage, von der Polizeileitstelle über Funk an eine Streife übertragen.

Handlungsempfehlung veröffentlicht

LAND BIETET HILFESTELLUNG IM KAMPF GEGEN REICHSBÜRGERBEWEGUNG

Ob selbsternannte Reichskanzler oder Außenminister fiktiver Staaten: Sogenannte „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ stellen kommunale Behörden vor immer größere Probleme. Aus diesem Grund veranstaltete das Hessische Innenministerium im April 2017 eine Informationsveranstaltung für kommunale Verantwortungsträger über die Reichsbürgerbewegung in Wiesbaden. Dabei gaben Experten der Sicherheitsbehörden Hilfestellungen im Umgang mit dem Phänomen. Zudem wurde eine Broschüre vorgestellt, die Kommunalbediensteten Handlungsempfehlungen für den Kontakt mit Reichsbürgern geben soll.

Die hessischen Sicherheitsbehörden zählen rund 700 Personen in Hessen zu den sogenannten „Reichsbürgern“. Hier von werden gegenwärtig rund zehn Prozent dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet. Ebenfalls rund zehn Prozent der Reichsbürger in Hessen verfügen über eine waffenrechtliche Erlaubnis.

Die 2017 veröffentlichte Broschüre „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in Hessen ist auf der Seite des Hessischen Innenministeriums abrufbar. Sie bietet Verwaltungsmitarbeitern Hilfe und Tipps im Umgang mit Reichsbürgern.



Polizeipräsident Udo Münch erklärte das Gefährdungsmanagement der Hessischen Polizei und gab Handlungsempfehlungen für Verwaltungsmitarbeiter beim Umgang mit Reichsbürgern.



700 „Reichsbürger“ gibt es laut Sicherheitsbehörden derzeit in Hessen. Robert Schäfer, Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz, zeigte, wie sie sich über Hessen verteilen.



Land weitet „Kommunales Dienstleistungszentrum Cybersicherheit“ (KDLZ) aus

KOMMUNEN ERHALTEN UNTERSTÜTZUNG IN SACHE IT-SICHERHEIT

Bereits seit Januar 2016 bietet das Land in Kooperation mit dem IT-Dienstleister „ekom21“ Städten und Gemeinden mit bis zu 30.000 Einwohnern Unterstützung in Sachen IT-Sicherheit an. Von der Analyse der Systeme über Schulungen bis hin zu Softwarelösungen. Nach 2,5 Millionen Euro im Jahr 2016 stellte das Land 2017 weiteren 2,7 Millionen Euro für die Beratung bereit, sodass sich das Gesamtfördervolumen auf mehr als fünf Millionen Euro summiert. In den vergangenen zwei Jahren hatte das „Kommunales Dienstleistungszentrum Cybersicherheit“ über 230 Termine vor Ort durchgeführt und die Verwaltungs-IT in den Kommunen auf Risiken, Defizite und Verbesserungspotentiale hingewiesen.

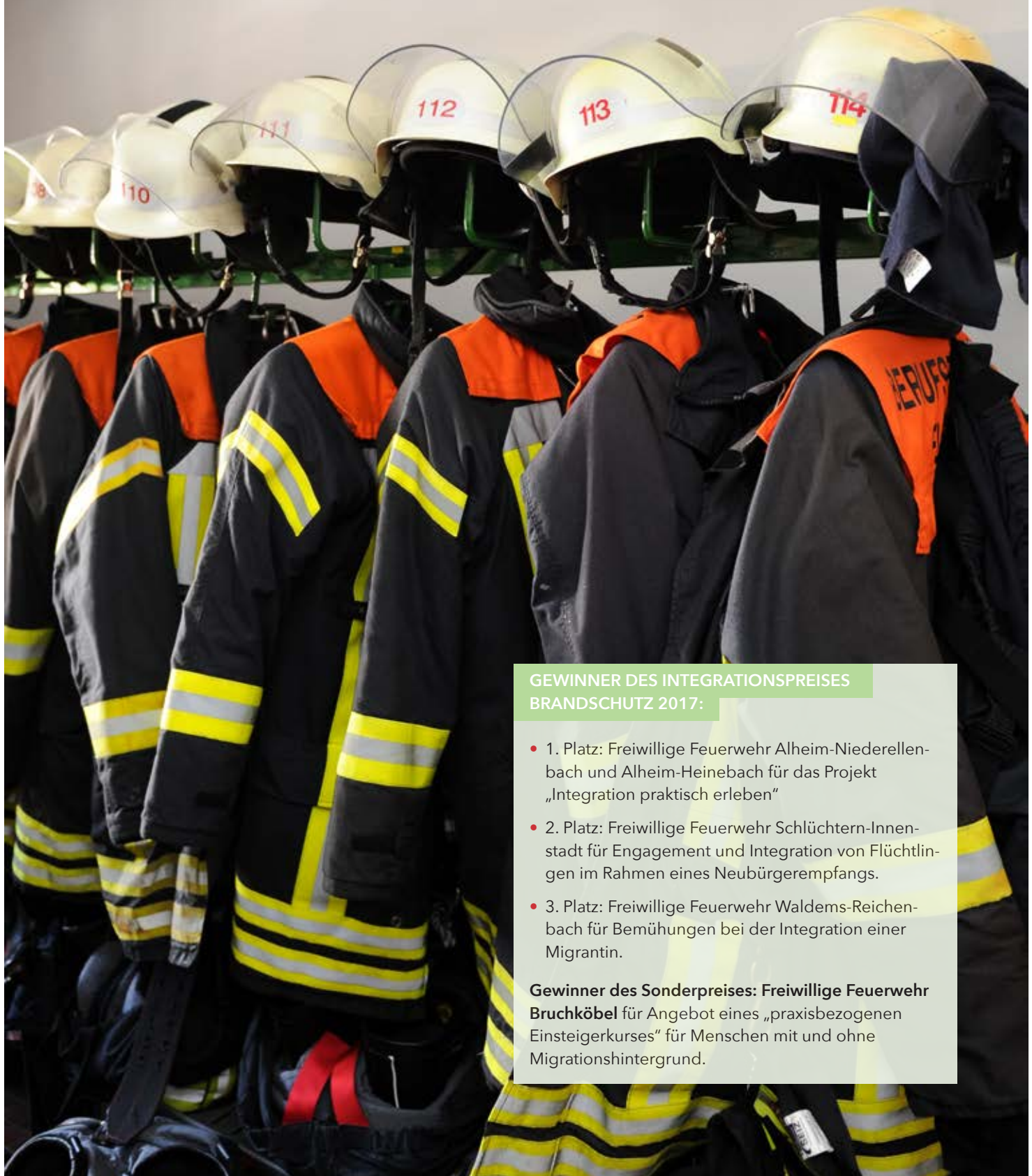
Das Kommunale Dienstleistungszentrum ist ein Baustein in der umfassenden Agenda „Cybersicherheit@Hessen“. „Wir verfolgen beim Thema Schutz in der virtuellen Welt einen ganzheitlichen Ansatz und wollen Datendieben, Erpressern und Saboteuren das Handwerk legen“, so Staatsminister Peter Beuth. Ein wichtiges Warn- und Alarmierungsinstrument ist dabei das „Computer Emergency Response Team“ (CERT) des Landes Hessen. Es unterstützt die Landesverwaltung, Kommunen und Unternehmen der kritischen Infrastruktur bei der Lösung von IT-Sicherheitsvorfällen, warnt vor besonderen Gefahren und erstellt ein tägliches Lagebild zur Cybersicherheit in Hessen. Mit dem Format „Runder Tisch Cybersicherheit“ bringt das Land Wissenschaft und Verwaltung zusammen und fördert zurzeit sechs Projekte mit rund 1,2 Millionen Euro.

Bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität baut das Land künftig auf ein neues Kompetenzzentrum: „**Hessen Competence Center für Cybersecurity - Hessen3C**“ wird aus den Bausteinen Security Operation Center, Big Data Analyse und einer Plattform für Begleitforschung bestehen. Die Kompetenzstelle wird die strukturellen, personellen und technischen Fähigkeiten vom Internet-Monitoring bis hin zu Big-Data-Analyse unter Einbindung der bisherigen Ermittlungs- und Auswertekompetenzen, der bisherigen Cybersicherheits- bzw. CERT-Struktur bündeln und weiter ausbauen.

Das neue Kompetenzzentrum soll die Sicherheitsbehörden beraten und operativ unterstützen. Hessen3C bietet dabei zentral gebündelte Spezialkenntnisse und Fähigkeiten, z. B. im Bereich Kryptographie bzw. Entschlüsselung von Kommunikation, Monitoring und Auswertung von Internet-erkenntnissen oder sozialen Medien, wissenschaftliche Expertise verschiedener Fakultäten sowie spezielle Sprachkompetenzen. Mit dem Ausbau der Komponente „Big Data Techniken“ soll über die Auswertefähigkeit der Sicherheitsbehörden hinaus erreicht werden, dass neue Angriffsarten im Netz durch Analyse öffentlich zugänglicher Quellen aufgedeckt, abgewehrt und verfolgt werden können.

Mehr Migranten in die Feuerwehren

ERSTMALS INTEGRATIONSPREIS BRANDSCHUTZ VERLIEHEN



GEWINNER DES INTEGRATIONSPREISES BRANDSCHUTZ 2017:

- 1. Platz: Freiwillige Feuerwehr Alheim-Niederellenbach und Alheim-Heinebach für das Projekt „Integration praktisch erleben“
- 2. Platz: Freiwillige Feuerwehr Schlüchtern-Innenstadt für Engagement und Integration von Flüchtlingen im Rahmen eines Neubürgerempfangs.
- 3. Platz: Freiwillige Feuerwehr Waldems-Reichenbach für Bemühungen bei der Integration einer Migrantin.

Gewinner des Sonderpreises: Freiwillige Feuerwehr Bruchköbel für Angebot eines „praxisbezogenen Einsteigerkurses“ für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.



Im Rahmen der 63. Verbandsversammlung der Hessischen Landesfeuerwehren wurde 2017 erstmals den Integrationspreis Brandschutz verliehen. Der Integrationspreis ist ein Baustein der Integrationskampagne Brandschutz des Landes und wurde in Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband ins Leben gerufen. Neben der Einführung des



Integrationspreises wurden zudem Interkulturelle Berater etabliert und zwei neue Seminare an der Hessischen Landesfeuerwehrschule in Kassel angeboten. Die Integrationskampagne Brandschutz soll dazu beitragen, dass Migrantinnen und Migranten sowie Feuerwehren einfacher zusammenfinden. Dass der Weg zur Feuerwehr keinen kulturellen Schranken unterworfen ist, zeigten die Freiwilligen Feuerwehren, die ausgezeichnet werden, beispielhaft.

„ Die Feuerwehren stehen nicht nur im Dienst der Allgemeinheit, sondern übernehmen hessenweit für unsere Gemeinschaft Verantwortung. Sie sollen allen Bevölkerungsgruppen offenstehen - gleich welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe oder Herkunft die Menschen sind.

WERNER KOCH



MAI

”

„Für Kommunen wird es immer wichtiger ihre Verwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit effektiver zu organisieren. Auf diesem Weg unterstützen wir die Kommunen und wollen auch künftig durch Informationsveranstaltungen die Vorteile interkommunaler Zusammenarbeit vorstellen, um Bedenken von Beteiligten vor Ort auszuräumen“

**Oberzent-Kommunen unterzeichneten
Grenzänderungsvertrag**

ERSTE FREIWILLIGE GEMEINDEFUSION SEIT DEN 70ER JAHREN

Die Kommunen Beerfelden, Hesseneck, Rothenberg und Sensbachtal haben sich zum 1. Januar 2018 zur Stadt Oberzent zusammengeschlossen. Mit der im Mai 2017 Unterzeichnung des Grenzänderungsvertrages beschlossen die Verantwortlichen der vier Kommunen den ersten freiwilligen Gemeindefusionsabschluss seit der Gebietsreform in Hessen in den 70er Jahren.

Die vier Gemeinden im Odenwald sind ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass gut vorbereitete Fusionsbestrebungen von einer breiten Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger getragen werden können. Die vier Oberzent-Kommunen hatten Fördermittel für die Erstellung der Machbarkeitsstudie und für die Vorbereitung der Fusion in Höhe von insgesamt 200.000 Euro aus dem Förderprogramm zur Interkommunalen Zusammenarbeit erhalten.

CLAUS SPANDAU

Leiter **Kompetenzzentrum** für
Interkommunale Zusammenarbeit



FREIWILLIGE GEMEINDEFUSIONEN

Das seit 2004 bewährte und erfolgreiche Förderprogramm zur Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) wurde erst im Dezember 2016 um weitere fünf Jahre verlängert. Es berücksichtigt auch Kooperationen zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden, die nahezu die gemeinsame Erfüllung fast aller kommunalen Aufgabenfelder vorsehen. Derartige Kooperationen wie z.B. der Gemeindeverwaltungsverband werden mit 150.000 Euro für jede teilnehmende Gemeinde gefördert. Auch Maßnahmen zur Vorbereitung solcher Projekte werden finanziell bezuschusst.

Das Land hat in den vergangenen zehn Jahren insgesamt mehr als 200 kommunale Kooperationen mit mehr als 1.100 manchmal auch mehrfach eingebundenen Gemeinden gefördert. Dabei wurde eine Gesamtsumme von rund 15 Millionen Euro in unterschiedlichste Projekte investiert und die hessischen Kommunen in ihrem Streben nach freiwilliger Zusammenarbeit unterstützt.



Frühjahrsgespräch 2017

„AUFLÖSUNG DES LANDESAMTS FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ WÜRD E SICHERHEIT SCHWÄCHEN“

Im Rahmen des Frühjahrsgesprächs des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport im Mai hat Innenminister Peter Beuth die Eigenständigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen hervorgehoben. „Ein Landesamt für Verfassungsschutz darf nicht als Filiale von einem fernen Amt in Berlin gesteuert werden, denn diese Zentralisierung führt nicht zu mehr Sicherheit. Vielmehr sollten wir unsere Sicherheitsbehörden mit ihrer sehr guten Kenntnis regionaler Verbindungen stärken und ihnen weitreichendere Kompetenzen einräumen“, sagte der Minister im Rahmen der Veranstaltung unter dem Titel „Terrorbekämpfung im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit“ in Wiesbaden.

An der von Spiegel-Chefreporter Jörg Diehl moderierten Diskussionsrunde nahmen neben dem Minister Terrorismusexperte Dr. Guido Steinberg, Datenschutzexpertin Katharina Nocun und Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamts, teil.



Diskussionsfreudige Gäste, interessierte Zuhörer: Beim Frühjahrsgespräch des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport 2017 debattierten (v.l.n.r.) Dr. Guido Steinberg (Terrorismusexperte), Katharina Nocun (Datenschutzexpertin), Moderator Jörg Diehl, Innenminister Peter Beuth sowie BKA-Präsident Holger Münch.

28 neue Schaumlöschtrainer

RESSOURCENSCHONENDE AUSBILDUNG

Die Hessische Landesregierung legt großen Wert auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung der Einsatzkräfte. Schulungen in Theorie und Praxis sind unverzichtbar für die erfolgreiche Bewältigung des Einsatzgeschehens und dienen der eigenen Sicherheit. Damit die hessischen Brandschützer auch den Einsatz von Löschschaum unter realen Einsatzbedingungen effektiv, praxisorientiert und umweltschonend trainieren können, hat das Land 28 Schaumlöschtrainer beschafft, die hessenweit in allen Landkreisen und bei sämtlichen Berufsfeuerwehren sowie in der Landesfeuerwehrschule eingesetzt werden können.

Schaummittel sind im Regelfall als umweltgefährdend eingestuft. Das hat zur Folge, dass eine praxisorientierte Ausbildung mit Schaummitteln und dem Schaumlöschverfahren nicht bzw. nur mit besonderen umweltrechtlichen Genehmigungen erfolgen kann. Mit den neuen Übungsanlagen kann eine theoretische Unterrichtung durch anschauliche Versuche und Übungen erfolgen. Die Anlage umfasst



alle für einen Schaumeinsatz notwendigen Strahlrohre, Schläuche und Gerätschaften der Feuerwehr in einem verkleinerten Maßstab. Es sind nur geringe Mengen Schaum notwendig, um alle in der Praxis vorkommenden Effekte simulieren zu können. Die Ausbildung ist dadurch ressourcenschonend und umweltgerecht.





Staatssekretär Werner Koch: „Für die Werte des Sports unverzichtbar“

DEUTSCHE OLYMPISCHE AKADEMIE FEIERTE ZEHNJÄHRIGES BESTEHEN

Die Deutsche Olympische Akademie feierte im Mai in Frankfurt ihr zehnjähriges Bestehen. Zu den Aufgaben der im Jahr 2007 gegründeten Akademie zählen die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und Bildungsangeboten, die Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen und übergreifenden Fragen des olympischen Sports, Maßnahmen und Projekte zur Olympischen Erziehung, die Entwicklung von Arbeitsmaterialien für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler, die Herausgabe von Publikationen, die Beratung des Deutschen Olympischen Sportbundes und anderer Organisationen sowie der Mitglieder der DOA sowie die Realisierung von Ausstellungen und Wettbewerben.

„Die Deutsche Olympische Akademie ist eine unverzichtbare Einrichtung, um abseits von Weiten, Zeiten und Höhen die Werte des Sports zu wahren. Dabei ist sie insbesondere dem Fair-Play-Gedanken verpflichtet. Der Hessischen Landesregierung ist es ein Anliegen, Werte wie Fair-Play und Respekt im Sport auch institutionell zu fördern und ihnen einen Rahmen zu geben, in dem sie sich Gehör verschaffen können“, so Werner Koch. Die Hessische Landesregierung unterstützt die Akademie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und unterstützte die Einrichtung 2017 mit 125.000 Euro.

JUNI

860 Anwarterinnen und -anwartern feierlich vereidigt

GRÖSSTER ANWATERJAHRGANG ALLER ZEITEN

Hessentag 2017

9. bis 18. Juni



Ministerpräsident Volker Bouffier, Innenminister Peter Beuth und Innenstaatssekretär Werner Koch haben während des Hessentags in Rüsselsheim mit insgesamt 860 Polizeikommissarwärterinnen und -anwärter den größten Anwärterjahrgang aller Zeiten vereidigt.

Die Anwärterinnen und Anwärter stammten aus den Einstellungsjahrgängen 2016 und 2017 und sind Teil des Sicherheitspakets, durch das die hessische Polizei bis zum Jahr 2021 mit 1.500 zusätzlichen Beamtinnen und Beamten verstärkt wird.

„Für die Hessische Landesregierung steht die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren beschlossen, die Polizei in Hessen deutlich zu stärken und ein Sicherheitspaket geschnürt, das die heute Vereidigten gemeinsam mit dem vergangenen und dem noch kommenden Jahrgang mit Leben füllen werden. Sie stehen nun vor der besonderen Herausforderung, tagtäglich für die Rechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger Sorge zu tragen“, so Innenminister Peter Beuth.

Nach der feierlichen Zeremonie eröffnete der Minister die Polizeishow zum „Tag der Polizei“. Dabei zeigten Beamte des Spezialeinsatzkommandos (SEK), Diensthundeführer und die Kradstaffel Teile ihres Einsatzspektrums. Rund um den Hessentag präsentierte sich die Hessische Polizei wieder mit einem bunten Programm im Polizei-Bistro, in der Landesausstellung sowie im Rahmen des Hessentag-Umzugs.





Minister forderte bei FRONTEX- Besuch Intensivierung der Grenzsicherung

INNENMINISTER PETER BEUTH BESUCHTE HESSISCHE POLIZISTEN

Seit November 2015 unterstützen die Bundesländer die Bundespolizei bei Einsätzen der europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex; derzeit in Griechenland, Italien und in Bulgarien. Im Rahmen des EU-Frontex-Einsatzes in Bulgarien arbeiten rund 150 Polizisten aus europäischen Staaten. Die deutschen Polizisten versehen ihren Dienst als „Border-Surveillance-Officer“ und üben hierbei überwiegend grenzüberwachende Aufgaben für einen Zeitraum von jeweils bis zu acht Wochen aus. Die Überwachung der bulgarisch-türkischen Grenze ist auf Grund ihrer Topografie und des hohen Verkehrsaufkommens insbesondere zur Bekämpfung der Schleusungskriminalität für die EU bedeutsam. Hessens Innenminister Peter Beuth machte sich im Rahmen einer gemeinsamen Reise mit Sachsens Innenminister Markus Ulbig ein Bild von der Arbeit der Europäischen Grenzagentur FRONTEX und forderte eine Intensivierung des Personaleinsatzes zur Sicherung der EU-Außengrenze.

„Offene Grenzen in Europa erfordern eine sichere Außengrenze der Europäischen Union. Deshalb darf die Solidarität innerhalb der EU die Grenzsicherung nicht aussparen. Dazu brauchen wir mehr Personal von der Führungsebene bis hin zu Einsatzkräften, die direkt an der Grenze ihren Dienst tun“, so Innenminister Peter Beuth.



Am bulgarisch-türkischen Grenzübergang informierte sich Minister Peter Beuth über Kontrollen und die internationalen Zusammenarbeit. Anschließend besuchte er die und hessischen Polizisten, die gemeinsam mit ihren bulgarischen Kollegen als Streifenbesatzung entlang des Grenzzauns ihren Dienst verrichten.

Polizeipräsidium Frankfurt feierte Geburtstag

SEIT 150 JAHREN GARANT FÜR SICHERHEIT UND ORDNUNG

Am 24. Juni 2017 feierte das Polizeipräsidium Frankfurt am Main mit einem Festakt und Tag der offenen Tür. Als größtes Flächenpräsidium des Landes mit 3.200 Mitarbeitern nimmt die Behörde eine Sonderstellung im Sicherheitsgefüge des Landes ein. Im Rahmen des Festakts lobte Innenminister Peter Beuth die Arbeit der Frankfurter Ordnungshüter als Wahrzeichen der Sicherheit und Garant für Stabilität und Ordnung und überreichte Polizeipräsident Gerhard Bereswill ein kleines Präsent der Hessischen Landesregierung.

Am Nachmittag öffnete das Präsidium für Bürgerinnen und Bürger seine Tore, was rege angenommen wurde. Das Rahmenprogramm in den Höfen und um das Präsidium herum war vielfältig und abwechslungsreich. Im Innenhof seilte sich das SEK Frankfurt vom Dach ab, auf der Südseite des Gebäudes präsentierten die Hundeführerinnen und -führer das Können ihrer Diensthunde. Als weitere Highlights zu bestaunen gab es Polizeipferde sowie eine große Bandbreite an Polizeifahrzeugen, so zum Beispiel einen Wasserwerfer und verschiedene Streifenwagen.

Neben dem Besichtigen der vier verschiedenen Meilen (Blaulichtmeile, Präventionsmeile, Kripomeile und Aktionsmeile), war auch Mitmachen gefragt: Während sich die einen in ein Polizeifahrzeug setzten, testeten andere auf der ‚Aktionsmeile‘ das kunterbunte Programm der Kooperationspartner der Frankfurter Polizei und ließen sich dabei zum Beispiel im Überschlagsimulator auf den Kopf drehen. Großen Anklang fanden ebenso die Führungen durch das Kriminalmuseum und die Schießanlage.



„SPORTLAND HESSEN BEWEGT“

Die hessischen Bürgerinnen und Bürger sollen sich wieder mehr bewegen. Das ist das Ziel der Kampagne „Sportland Hessen bewegt“, die im Juni 2017 in Frankfurt vorgestellt wurde. Studien zeigen, dass fast 60 Prozent aller deutschen Männer in der Altersgruppe zwischen 18 und 65 Jahren übergewichtig sind. Bei den Frauen sind es in derselben Altersgruppe immer noch rund 37 Prozent. Bei der Fachtagung diskutierten Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Sport, Kommunen und Gesundheitspolitik wie der

Bewegungsaspekt stärker Eingang in den Alltag finden kann. Dies können Anreizsysteme für Vereine und Verbände sein, ihr Angebot im Gesundheitssport auszuweiten. Landkreise und Städte könnten beispielsweise einen „Runden Tisch Bewegung“ einberufen, um Maßnahmen gegen Bewegungsmangel und Übergewicht zu entwickeln. In ausgewählten Modellregionen Hessens geschieht dies bereits. Das Ziel der Kampagne ist ein noch gesünderes Hessen.

JULI

HESSENKASSEL vorgestellt

KOMMUNEN KÖNNEN DEN RESET-KNOPF DRÜCKEN

Über 260 Kommunen und damit mehr als die Hälfte aller Kreise, Städte und Gemeinden in Hessen hatten Mitte 2016 ihre Kassenkredite überzogen. Rund 6 Milliarden Euro dieser Kredite waren bei den Kommunen aufgelaufen. Aufgrund der Konsolidierungsfortschritte in den Landkreisen, Städten und Gemeinden und aufgrund der Niedrigzinsphase stellte die Hessische Landesregierung im Juni ein neues und bundesweit einmaliges Programm zur Entschuldung der Kommunen vor: die „Hessenkasse“.

Das Land bietet den Kommunen im Rahmen des mit dem Landesprogramms an, ihnen die Schulden zum 1. Juli 2018 auf einen Schlag abzunehmen, die Tilgung zu organisieren und auch Landesgeld dafür in die Hand zu nehmen. Gleich-

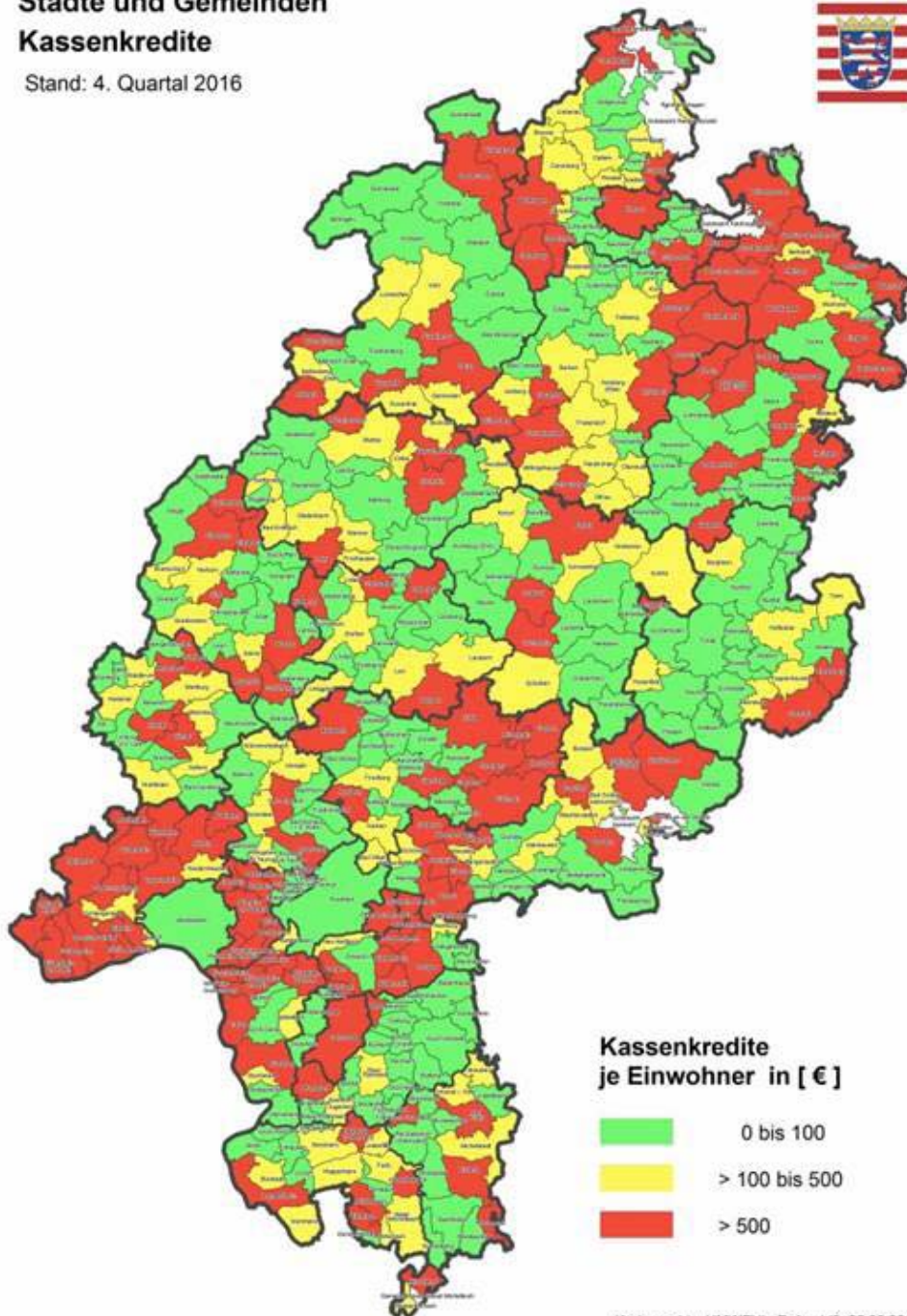
zeitig beinhaltet die Hessenkasse ein Investitionsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro, welches für jene Kommunen gilt, die bislang und trotz begrenzter Mittel ohne Kassenkredite ausgekommen sind.

Kassenkredite sollten ursprünglich dazu dienen, Kommunen kurzfristig Liquidität zu sichern, um laufende Ausgaben zu decken. Anders als bei Investitionskrediten stehen Kassenkrediten also keine Werte gegenüber. „Doch was als Ausnahme gedacht war, wurde über die Jahre bei vielen Kommunen zur Regel“, erklärte Innenminister Beuth. „Hessens Kommunen sind damit leider bundesweit in der Spitzengruppe angekommen. Dies belegt, wie wichtig der Abbau dieser Schulden jetzt ist.“

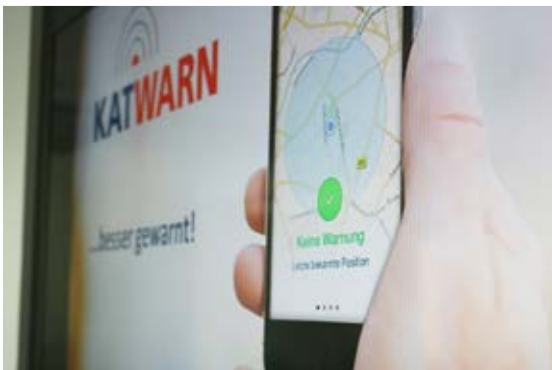


„GEGEN SCHULDEN. FÜR DIE ZUKUNFT!“

Städte und Gemeinden
Kassenkredite
 Stand: 4. Quartal 2016



Kartographie: HMWEVL, Referat IS, 26.06.2017



Im konkreten Bedrohungsfall

HESSISCHE POLIZEI WARNT KÜNFTIG AUCH ÜBER KATWARN

Die hessische Polizei setzt seit Juli 2017 auf das Warn- und Informationssystem KATWARN. Damit informiert sie die Bevölkerung über Großschadenslagen, wie Terrorangriffe oder Bombenentschärfungen. Die kostenlos erhältliche App bildet dabei eine schnelle und verlässliche Ergänzung zu den bereits bestehenden Warn- und Informationsmechanismen der Polizei.

KATWARN wird in Hessen bereits seit 2014 durch die Landkreise zur ergänzenden Warnung der Bevölkerung von Schadensereignissen genutzt. Beispiele hierfür sind Gefahrstofffreisetzung durch Unfälle oder Brände, Evakuierungen nach Kampfmittelfunden oder Hochwassergefahren. 17 Landkreise nutzen diesen Service zurzeit als Brand- und Katastrophenschutzbehörden und wurden von der Landesregierung entsprechend gefördert.

Das KATWARN-System wurde vom Fraunhofer-Institut FOKUS im Auftrag der öffentlichen Versicherer Deutschlands entwickelt. Bereits seit 2011 ist es im Einsatz und verbreitet Gefahrenwarnungen in Deutschland sowohl auf Ebene von Stadtstaaten und Bundesländern sowie kleinräumigere Gefahrenwarnungen auf Ebene von Landkreisen

und kreisfreien Städten. Darüber hinaus versendet das System seit 2012 deutschlandweit die Unwetterwarnungen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) an alle Nutzer im Bundesgebiet.

Für die Sicherheitsbehörden ist es von großer Bedeutung, die Bevölkerung im konkreten Bedrohungsfall warnen zu können. Dafür bedient sich die Polizei bereits jetzt zahlreicher Instrumente. Dazu gehören „klassische“ Warnmittel wie Lautsprecherdurchsagen und Rundfunkwarnmeldungen, aber auch die sozialen Medien. Gerade bei Twitter hat die hessische Polizei-Pionierarbeit geleistet, wenn es darum geht, mit Bürgern in den Dialog zu treten, sie auf aktuelle Entwicklungen hinzuweisen oder vor Gefahren zu warnen. So wurde beispielsweise anlässlich der EZB-Eröffnung im März 2015 die Bevölkerung erfolgreich informiert und vor Gefahren in der Innenstadt gewarnt.

An der Pressekonferenz zur Vorstellung von KATWARN nahmen Innenminister Beuth, Landespolizeipräsident Udo Münch sowie Dr. Klaus Zehner von der SV Sparkassenversicherung und Ortwin Neuschwander vom Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme teil.

Kooperation mit Bayern

VERWALTUNG RUND UM DIE UHR ERREICHBAR MACHEN

Ob die mobile Abmeldung eines Kraftfahrzeugs, die Beantragung eines Bewohnerparkausweises oder des Elterngeldes – Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen in Hessen sollen in Zukunft rund um die Uhr online und auch mobil auf Verwaltungsdienstleistungen zugreifen können. Um die notwendigen Entwicklungen im Bereich E-Government umzusetzen, kooperiert Hessen mit Bayern im Bereich des Digitalen Bürger- und Unternehmensservices. Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten Hessens Innenminister Peter Beuth sowie Bayerns Finanzstaatssekretär Albert Füracker.

Im Rahmen der „Digitalen Verwaltung Hessen 2020“ wird Hessen durch die Bereitstellung eines Bürger- und Unternehmenskontos den Zugang zu elektronischen Serviceleistungen der Verwaltung deutlich vereinfachen und gleichzeitig eine der ab 2022 gültigen Anforderungen des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen für Hessen erfüllen. Durch das hessische Servicekonto soll es Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen ermöglicht werden, im deutschlandweiten Verbund der Verwaltungsportale die hessische Landes- und Kommunalverwaltung künftig einfach, schnell und sicher sowie über 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche möglichst auch mobil erreichen zu können.

Der künftige hessische Bürger- und Unternehmensservice umfasst ein Servicekonto mit elektronischem Postfach und Bezahlungsmöglichkeit plus ein Antragsmanagement für Online-Verwaltungsprozesse sowie einen leistungsfähigen Web-Shop. Mit diesem Serviceansatz sollen Bürger und vor allem Unternehmen ortsunabhängig die Verwaltung rund um die Uhr elektronisch erreichen können. Der Service ist eingebunden in die Entwicklungen des Bundes und der Länder zum Portalverbund (Online-Bürgerportal, in dem so gut wie alle Dienste der Behörden ansteuerbar sind) entsprechend Onlinezugangsgesetz (OZG) und nutzt die dafür bereits in Hessen bestehende Infrastruktur des neuen Verwaltungsportals Service.Hessen.de und des Hessenfinders.



AUGUST



Nach G20-Einsatz in Hamburg

„HESSEN SAGT DANKE - SOLIDARITÄT MIT UNSEREN EINSATZKRÄFTEN“

Unter dem Motto „Hessen sagt danke - Solidarität mit unseren Einsatzkräften“ haben sich im August 2017 der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier und Innenminister Peter Beuth bei fast 800 Polizisten für ihren Einsatz beim G-20-Gipfel in Hamburg bedankt. Die Frauen und Männer waren der Einladung ins mittelhessische Lich gefolgt und verbrachten einen dienstfreien Nachmittag mit Grillfest und Live-Musik auf dem Sportplatz der II. Bereitschaftspolizeiabteilung. Auch vier Männer aus dem Justizvollzug waren dabei. In die Hansestadt waren Anfang Juli 2017 mehr als 1.300 Polizistinnen und Polizisten zur Unterstützung entsandt worden.

Als sichtbares Zeichen der Solidarität hatte das Hessische Innenministerium nach den gewalttätigen Ausschreitungen bei der Eröffnung der neuen Europäischen Zentralbank (EZB) im März 2015 eine eigene Öffentlichkeitskampagne gestartet. Die Schutzschleife, in den Farben Blau, Rot und Weiß gehalten, steht für die Solidarität mit Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräften in Hessen.

In Hamburg wurden 149 Polizisten aus Hessen verletzt. 131 hessische Polizisten wurden bei einem Einsatz im Bereich „Schulterblatt“ durch Reizgaseinwirkung verletzt. Kein hessischer Polizist trug dauerhafte gesundheitliche Schädigungen davon. Das Gros der hessischen Einsatzkräfte bei G20 waren Bereitschaftspolizisten, die mit Einsatzhundertschaften, Wasserwerfern, Tauchern, Polizeibooten, dem Polizeihubschrauber und dem Polizeiflugzeug Hilfe geleistet haben. Innenminister Peter Beuth hatte im Anschluss an den Gipfel entschieden, dass alle 1.300 entsandten Schutzleute drei Tage Sonderurlaub für ihren besonderen Einsatz erhalten.







BAD VILBEL

Seit dem Jahr 2013 gibt es eine Videosicherheitsanlage mit fünf Kameras im Bereich des Bahnhofs von Bad Vilbel, die mit zwei weiteren im August 2017 nachgerüstet und vom Land mit einer Summe von 39.000 Euro gefördert wurde.

Kommunale Sicherheit

LAND FÖRdert VIDEOTECHNIK IN BAD VILBEL UND FULDA

Der Einsatz von Videotechnik ist ein wichtiger Baustein der Sicherheitsarchitektur der Hessische Landesregierung. In Hessen waren im Jahr 2017 in 16 Städten 20 Bildaufzeichnungsanlagen mit insgesamt 148 Kameras von Polizei- bzw. Gefahrenabwehrbehörden zur Überwachung öffentlicher Straßen und Plätze gem. § 14 Abs. 3 und 4 HSOG in Betrieb. Die Erfahrungen mit dem Einsatz von Videotechnik sind im gesamten Land positiv. Der Rückgang der Fallzahlen beträgt in den videoüberwachten Bereichen teilweise mehr als 30 Prozent. Kommunen können dank der Videoüberwachung eigene Maßnahmen für die Sicherheit ihrer Bürger treffen und gleichzeitig die Polizei bei ihrer Arbeit unterstützen. Das Land Hessen stellt seit 2008 einen jährlichen Betrag von 300.000 Euro zur Förderung der kommunalen Videoüberwachung zur Verfügung. Für die Installation von Videoanlagen in den Kommunen hält das Land seit 2017 jährlich rund 1,3 Millionen Euro bereit. Bislang übernahm das Land ein Drittel der Kosten zur Förderung der kommunalen Videoüberwachung. 2017 wird diese Förderung erhöht, so dass bis zu zwei Drittel der Kosten durch das Land übernommen werden können. Studien belegten, dass die Bevölkerung Videoüberwachung mehrheitlich positiv bewertet.



FULDA

Bereits seit 2001 wird in Fulda Videosicherheitstechnik zur Prävention von Straftaten eingesetzt, zuerst am Bahnhofsvorplatz, später am Busbahnhof. Auch die Erweiterung der Anlage in Fulda wurde vom Land im August 2017 gefördert (43.561 Euro). Die Anzahl der Straftaten im Überwachungsbereich ist seitdem drastisch gesunken.



Grüne oder Gelbe Karte

RÜCKSICHTSVOLLES VERHALTEN IM STRASSENVERKEHR

Bei der „Blitz für Kids“-Aktion kontrollierte die Polizei gemeinsam mit Viertklässlern der Bierstädter Grundschule sowie im Beisein von Kultusminister Alexander Lorz und Innenminister Peter Beuth den Verkehr. Die Schüler zeigten dabei vorbildlichen Autofahrern zum Dank eine grüne Karte. Rasern übergaben die Kinder hingegen eine gelbe Karte. Dabei wiesen die Schüler die Verkehrssünder auf die Gefahren zu schnellen Fahrens hin und forderten sie auf, die zulässige Höchstgeschwindigkeit einzuhalten. Im Zuge der Initiative „Hessen lebt Respekt“ wurde mit dem Präventionsprogramm „Blitz für Kids“ für ein rücksichtsvolles Verhalten im Straßenverkehr geworben. Foto: HKM

Sportland Hessen

AUFTAKT FÜR EINE NEUE LEISTUNGSSPORTREFORM

Hessen möchte mit einer Neustrukturierung des Leistungssports auch künftig seinen Teil dazu beitragen, dass mehr Deutsche Athleten bei Olympia auf dem Podest stehen. Um den Leistungssport zu stärken, hat das Innenministerium im August 2017 einen Partizipationsprozess gestartet, der alle Verbände, Athleten und Trainer miteinbezieht. In einem ersten Treffen wurde ein erster Konzeptentwurf und der eingeschlagene „Hessische Weg“ besprochen. In zahlreichen Sitzungen und im engen Austausch mit den hessischen Sportverbänden wurden im weiteren Jahresverlauf die wichtigsten Handlungsfelder partnerschaftlich erarbeitet.



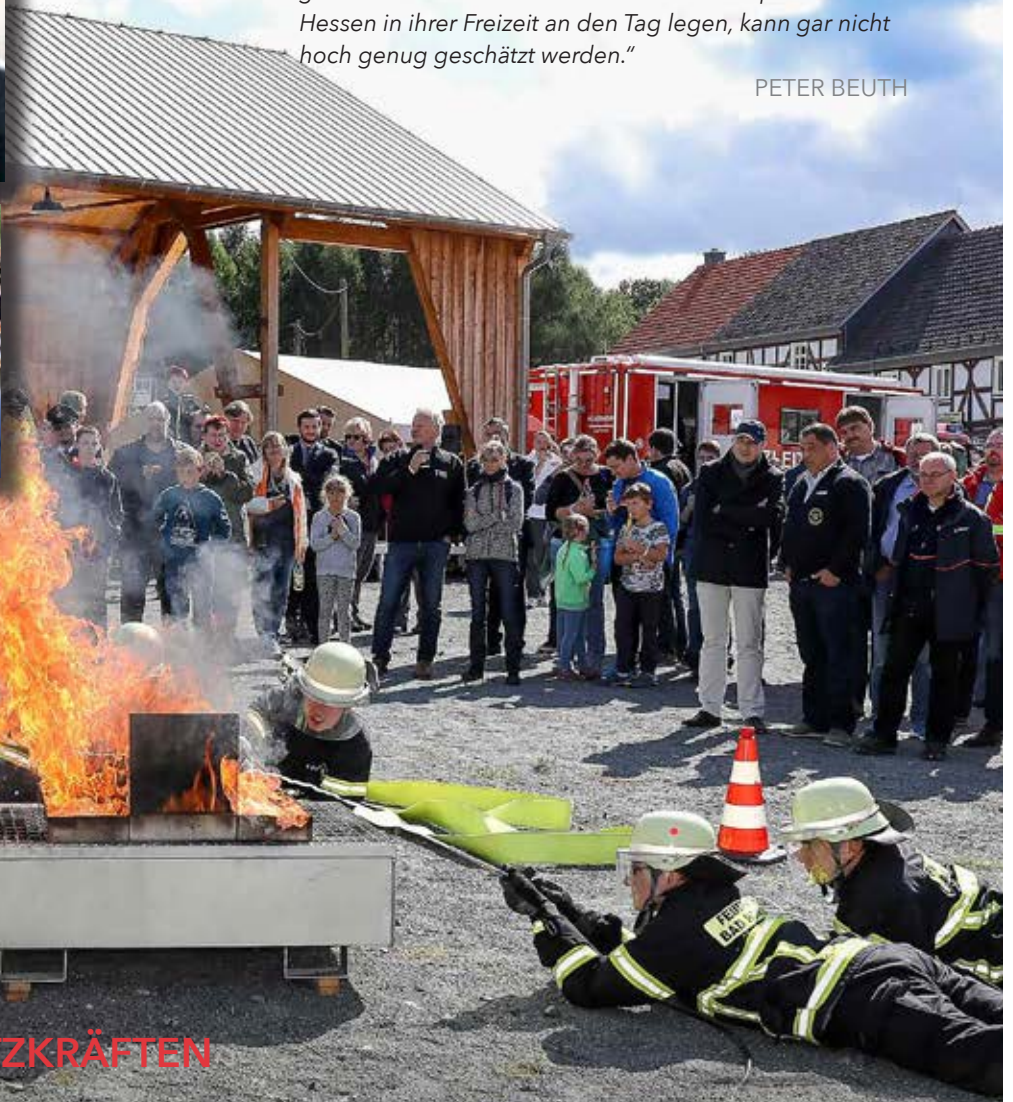
SEPTEMBER



”

„Ihr ehrenamtlicher Einsatz zu jeder Tages- und Nachtzeit ist für die Sicherheit und das Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger sowie für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft von unschätzbarem Wert. Das Engagement, das die rund 80.000 Feuerwehrangehörigen und Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz in Hessen in ihrer Freizeit an den Tag legen, kann gar nicht hoch genug geschätzt werden.“

PETER BEUTH



Ehrenamtliche im Hessenpark

LAND DANKT EINSATZKRÄFTEN MIT HELFERPARTY

Die ehrenamtlichen Einsatzkräfte von Feuerwehr und Katastrophenschutz sind das Rückgrat der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr in Hessen. Im Rahmen einer Landeshelferparty im Hessenpark in Neu-Anspach bedankte sich Innenminister Peter Beuth für den großartigen Einsatz der freiwilligen Helferinnen und Helfer im Brand- und Katastrophenschutz.

In den vergangenen zehn Jahren hat das Land im Bereich des Brandschutzes 1.335 Maßnahmen mit rund 105 Millionen Euro gefördert und damit die Beschaffung von 1.053

Fahrzeuge sowie den Bau von 282 Feuerwehrhäusern unterstützt. Allein 2017 investierte das Land die Rekordsumme von rund 22 Millionen Euro in Feuerwehrfahrzeuge und -häuser. Für 2018 wurde diese Summe auf 35 Millionen und 2019 noch einmal auf 40 Millionen Euro veranschlagt. Die Zahl der Landesfahrzeuge im Katastrophenschutz hat sich im Laufe der Jahre auf mehr als 600 nahezu verdoppelt. Hierfür wurden seit dem Jahr 2008 mehr als 50 Millionen Euro bereitgestellt. Der Hessische Katastrophenschutz verfügt über die umfassendste und modernste Ausstattung seiner Geschichte.



Strafverschärfung

RETTUNGSGASSE: HESSISCHE FORDERUNG ERFOLGREICH

Damit schnelle Hilfe auch ankommt wirbt das Land seit vielen Jahren für das rasche Bilden einer Rettungsgasse. Da bei einem Verstoß bislang lediglich ein Bußgeld von 20 Euro fällig wurde, setzte sich Hessen mit einer Bundesratsinitiative Mitte des Jahres 2017 für eine Anhebung des Bußgeldes ein und forderte eine Erhöhung auf 200 Euro. Der Bundesrat folgte im September 2017 der Eingabe und beschloss, dass Verkehrsteilnehmer, die die Rettungsgasse blockieren, künftig mit einem Bußgeld von mindestens 200 Euro und bis zu 320 Euro und dem Fahrverbot von einem Monat zu sanktionieren sind. Neben Repression setzt das Land Hessen seit vielen Jahren in Sachen Rettungsgasse auf Prävention. Mit einer Rettungsgassen-Kampagne informiert das Innenministerium gezielt Verkehrsteilnehmer und appellieren zugleich an deren Vernunft. Die Kampagne startete bereits im Sommer 2015 mit Bannern über Brückenbauwerken entlang den hessischen Autobahnen sowie 250.000 Flyern und Plakaten an Autobahnrastranlagen.

Schwerpunkteinheit Bahnhof Frankfurt

DRUCK AUF DEALER UND KRIMINELLE ERHÖHT

Bereits seit November 2016 war die Polizei verstärkt mit einer „Besondere Aufbauorganisation Bahnhofsviertel“ (BAO Bahnhofsviertel) im Frankfurter Bahnhofsviertel im Einsatz. Im August 2017 gab der Hessische Innenminister, gemeinsam mit Landespolizeipräsident Udo Münch und der Frankfurter Polizeipräsident Gerhard Bereswill bekannt, dass diese in eine feste Schwerpunkteinheit übergeht.

Damit intensivierte die Hessische Landesregierung ihre Bemühungen für mehr Sicherheit im Bahnhofsbereich. Mehr als 120 Frauen und Männer sind seit Ende 2017 im Einsatz. Es handelt sich um die landesweit größte operative Dienststelle.



Verfassungsschutzbericht 2016

WANDELNDE BEDROHUNGSLAGEN FÜR HESSEN

Islamistische Terroranschläge in Europa und in Deutschland sowie die gestiegene Gewaltbereitschaft innerhalb der links- und rechtsextremistischen Szene stellen große Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden dar.

Wie aus dem Verfassungsschutzbericht 2016 hervorgeht bleibt die Bedrohung durch den internationalen islamistischen Terrorismus unverändert hoch. Insgesamt rechnete das LfV 4.170 (2015: 4.150) Personen und 62 (2015: 54) Straf- und Gewalttaten im Jahr 2016 dem islamistischen Spektrum zu. Die Ausreisedynamik in Richtung Syrien und Irak aus Hessen nahm deutlich ab, während gleichzeitig der IS in den Kriegsgebieten spürbar unter Druck geraten ist. Dies führte zu einem Strategiewandel der Terrororganisation, die ihre Anhänger nun vermehrt dazu aufruft, Anschläge in Europa mit leicht zu beschaffenden Tatmitteln durchzuführen.

„Die hessischen Sicherheitsbehörden verstärken und modifizieren laufend ihre Anstrengungen, um Einzelpersonen, aber auch Netzwerke zu identifizieren, die möglicherweise in der Lage und willens sind, Terroranschläge zu verüben. Ebenso gehen wir gegen Radikalisierungs- und Resonanzräume vor, um der Radikalisierung Einhalt zu gebieten. Mit dem Verbot der salafistischen ‚LIES!-Stiftung‘ und dem Verbot der Medina-Moschee in Kassel, die ein jihadistisch-salafistisches Netzwerk förderte, haben wir seit dem vergangenen Jahr Szene-Strukturen zerschlagen und Radikalisierungsräume für immer geschlossen“, hob Innenminister Peter Beuth hervor.

Rechtsextremismus

Neben der Bedrohung durch den internationalen islamistischen Terrorismus zeigt die Existenz von Gruppen wie der „Old School Society“ und der „Gruppe Freital“, dass die Gefahr eines Rechtsterrorismus in Deutschland auch nach dem sogenannten NSU keineswegs gebannt ist.

Die Zahl der Rechtsextremisten in Hessen ist mit 1.335 im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr (2015: 1.310) nur gering angewachsen. Allerdings ist die Anzahl der gewaltorientierten Rechtsextremisten von 400 im Jahr 2015 auf 650 Personen im Jahr 2016 angestiegen. Ebenso ist die Zahl der Straf- und Gewalttaten von 659 im Jahr 2015 auf 799 im Jahr 2016 angestiegen.

„Obwohl der Rechtsextremismus in Hessen kaum neue Aktivist*innen an sich binden kann, und Parteien wie die NPD kaum handlungsfähig sind, fühle sich die rechtsextremistische Szene insbesondere durch das Aufgreifen von Zuwanderungsthemen im Aufwind“ erläuterte LfV-Präsident Robert Schäfer.

Reichsbürger und Selbstverwalter

Während im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2016 noch 500 Reichsbürger in Hessen ausgewiesen werden, geht das LfV aktuell von rund 1.000 Reichsbürgern in Hessen aus. Dabei sei zu beachten, dass nicht das Personpotential in so kurzer Zeit derart gewachsen sei. Vielmehr beruht die neue Zahl auf der nachrichtendienstlichen Beobachtung und der dadurch verbesserten Kenntnis der Szene. Die hessischen Sicherheitsbehörden setzen alles daran, Reichsbürgern Waffenerlaubnisse und Waffen zu entziehen.





Hemmschwelle der Autonomen Szene gesunken

Im Bereich Linksextremismus ist das Personenpotential mit 2.570 (2015: 2.500) auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr verblieben. Die Straf- und Gewalttaten sind deutlich von 278 im Jahr 2015 auf 90 im Jahr 2016 zurückgegangen. Grund dafür ist, dass 2016 - anders als etwa im März 2015 mit den Protesten gegen die EZB-Eröffnung - kein vergleichbares Ereignis in Hessen stattfand, das Linksextremisten für Gewaltorgien gegenüber Einsatzkräften nutzten und sich entsprechend statistisch niederschlägt. Allerdings zeigten insbesondere die Ausschreitungen im Rahmen des G-20 Gipfels in Hamburg das Gewaltpotential der autonomen Szene und die sinkende Hemmschwelle, Gewalt auch gegen Menschen einzusetzen.

Hessische Sicherheitsbehörden stellen sich auf diese sich immer wieder wandelnden Bedrohungslagen ein und passen ihre Maßnahmen zielgerichtet an. Gerade die verdeckte Arbeit des LfV hat dabei einen herausragenden Anteil an der modernen Sicherheitsarchitektur des Landes. Um sicherzustellen, dass das LfV seine anspruchsvolle, arbeitsintensive und erfolgreiche Arbeit weiterführen und ausbauen kann, erhielt es bereits bis zum Ende 2017 einen historischen Stellenzuwachs von rund 30 Prozent.



Oberzent

GENEHMIGUNGSURKUNDE FÜR PIONIERPROJEKT



Aus vier mach eins - Die erste freiwillige Gemeindefusion im 21. Jahrhundert wurde 2017 im Odenwald vorbereitet. Ein Großteil der Bevölkerung von Rothenberg, Hesseneck, Beerfelden und Sensbachtal sprach sich für das Pionierprojekt und den Zusammenschluss der Kommunen zu einer Stadt Oberzent aus. Im Regierungspräsidium Darmstadt überreichte Innenminister Peter Beuth Bürgermeister Hans Heinz Keursten (2.v.li., Rothenberg), Bürgermeister Thomas Ihrig (Mitte, Hesseneck), Bürgermeister Gottfried Görig (2.v.r., Beerfelden) und Bürgermeister Egon Scheuermann (rechts, Sensbachtal) die Genehmigungsurkunde für Name und Stadtrechte. Bereits Anfang Mai hatten die Bürgermeister den Grenzänderungsvertrages unterzeichnet und Fördermittel für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie und für die Vorbereitung der Fusion in Höhe von insgesamt 200.000 Euro aus dem Förderprogramm zur Interkommunalen Zusammenarbeit erhalten.



Sicherheitspaket II

MEHR POLIZEI UND BESSERE AUSTRÜSTUNG

Die Hessische Landesregierung setzte ihre konsequente Sicherheitspolitik fort. Im Haushalt 2017 stärkte die Landesregierung die Innere Sicherheit mit dem Sicherheitspaket I in historischer Dimension. 1.155 Polizeianwärtern und 570 neuen Stellen im Polizeivollzug wurden geschaffen und die Polizei damit massiv gestärkt.

Das Sicherheitspaket II, welches im Rahmen einer SEK-Einsatzübung in Frankfurt vorgestellt wurde, knüpft nahtlos an das Sicherheitspaket I des Haushalts 2017 an. In den Jahren 2018 und 2019 werden jeweils 240 zusätzliche Stellen für Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter geschaffen. Das bedeutet, dass über die jährlich rund 500 erforderlichen Anwärter, die zum Ersatz der ausscheidenden Kollegen in den Jahren 2021/2022 benötigt werden, zusätzlich in den nächsten beiden Jahren 480 Polizeibeamtinnen und -beamte ausgebildet werden. Nach der jeweils dreijährigen

Ausbildung wird die Hessische Polizei im Jahr 2022 so über rund 15.290 Polizeivollzugsstellen verfügen. Mit diesen zusätzlichen Stellen im neuen Haushalt werden in der aktuellen Wahlperiode die Polizeivollzugsstellen um knapp elf Prozent ausgeweitet.

Die gestiegenen Anforderungen an den Verfassungsschutz und dessen Aufgabenerfüllung spiegeln sich ebenfalls im vorgestellten Haushalt 2018/2019 wider: Für die weitere operative Ausrichtung des LfV werden 20 Stellen in 2018 und zwölf Stellen in 2019 zusätzlich geschaffen. Das Landesamt für Verfassungsschutz wächst damit bis 2019 auf eine nie dagewesene Größe von über 370 Planstellen an.



Job beim Land noch attraktiver

145.000 LANDESBEDIENSTETE ERHALTEN LANDESTICKET

Freie Fahrt für rund 90.000 Beamtinnen und Beamte, mehr als 45.000 Tarifbeschäftigte und etwa 10.000 Auszubildende des Landes Hessen. Ab dem 1. Januar 2018 profitieren sie vom neuen LandesTicket Hessen, mit dem sie kostenlos Bus und Bahn im ganzen Bundesland fahren dürfen. Der Hessische Innenminister Peter Beuth hat die Fahrkarte für Landesbedienstete im August 2017 gemeinsam mit Vertretern des Rhein-Main-Verkehrsverbunds (RMV), des Nordhessischen Verkehrsverbunds (NVV) und des Verkehrsverbunds Rhein-Neckar (VRN) in Wiesbaden vorgestellt.

„Das Ticket ist bundesweit einmalig und ein sichtbarer Beleg dafür, dass das Land die richtigen Weichen für den Wettbewerb um die besten Köpfe gestellt hat. Hessen ist ein moderner, zuverlässiger und familienfreundlicher Arbeitgeber. Das LandesTicket

macht den Job beim Land jetzt noch attraktiver und das im Einklang mit der Umwelt. Die Landesregierung hat diese Entscheidung bewusst zum Wohle der Frauen und Männer getroffen, die tagtäglich für Hessen mit Leidenschaft und Engagement unterwegs sind“, sagte Peter Beuth.



Fair Play Forum

50.000 EURO FÜR GEWALTPRÄVENTION IM FUSSBALL

Innenstaatssekretär Werner Koch hat an die Sozialstiftung des Hessischen Fußballverbandes bei einer Sitzung der Steuerungsgruppe Fair Play Forum in Frankfurt einen Förderbescheid in Höhe von 50.000 Euro übergeben: „Das Fair Play Forum setzt sich für Respekt und Toleranz im Fußball ein und vermittelt dadurch zentrale Werte, die auf und abseits des Rasens von großer Bedeutung sind. Das Land möchte mit der Zuwendung seinen Beitrag zur Förderung von Gewaltpräventionsmaßnahmen im und um den Fußball in Hessen leisten.“ Die 2007 gegründete Sozialstiftung des Hessischen Fußballs hat sich die Durchführung und Förderung von sozialen Aktivitäten im Fußball, insbesondere Maßnahmen zur Gewaltprävention, Integration und Fair Play, zum Ziel gesetzt. Die sozialen Aktivitäten werden unter dem Dach des Fair Play Forums des Hessischen Fußballs sichtbar gemacht, gebündelt, miteinander vernetzt und gefördert.



OKTOBER



RADIKAL

Extremismus, Propaganda, Medienkompetenz

Film inkl. Unterrichtsmaterial für Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangstufe 8

Präventionsfilm aus Hessen

RADIKAL ALS BESTER KURZFILM AUSGEZEICHNET

RADIKAL wurde als bester Kurzfilm der Region durch das Shorts at Moonlight Kurzfilmfestival ausgezeichnet. Der Film, der im Jahr 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, klärt in 17 Minuten über die drei Phänomenbereiche „Rechtsextremismus“, „Islamismus/Salafismus“ sowie „Linksextremismus“ auf. Das Werk, das das Hessische Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) in Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium (HKM) und der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) durch das Frankfurter Filmunternehmen Luna Park 64 realisieren ließ stößt bundesweit auf große Nachfrage: Bundesweit wurden bereits mehr als 9.000 Exemplare aus dem Innenministerium verschickt.

Der Film ist in dieser Form bundesweit einmalig. Er thematisiert die Radikalisierung über das Internet und greift dabei alle relevanten Phänomenbereiche auf. Zudem sind aktuelle Ereignisse wie z.B. die Flüchtlingsthematik oder Syrienausreisen zu finden. Innerhalb Hessens erhielten alle weiterführenden Schulen, Polizeipräsidien, relevante Beratungsstellen, die Landesjugendfeuerwehren, Justizvollzugsanstalten, der Hessische Jugendring, der Landeselternbeirat, das Kommissariat der Katholischen Bischöfe Hessen, alle religionspädagogischen Institute der Evangelischen Kirche in Hessen sowie die Mitglieder des Integrationsbeirats der hessischen Landesregierung, des Asylkonvents und des Fachbeirats zum Hessischen Präventionsnetzwerk gegen Salafismus Filmexemplare.

Eisenmann aus Darmstadt

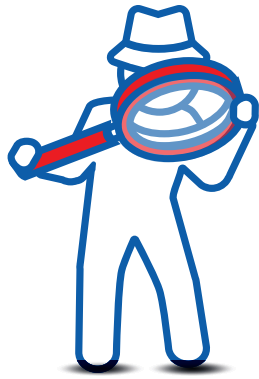
SENSATIONSSIEG FÜR PATRICK LANGE AUF HAWAII

Der Hessische Innenminister Peter Beuth hat Patrick Lange zu seinem Gewinn der Ironman-Weltmeisterschaft auf Hawaii gratuliert. „Damit wird für unseren Darmstädter ein Kindheitstraum wahr. Patrick Lange hat in der Hitze von Hawaii acht Stunden lang gekämpft, durchgehalten und ist in einem furiosen Marathonfinish der Weltelite davongelau- fen. Der 31-Jährige ist der sensationelle Sieger des härtes- ten Triathlons der Welt und hat mit dieser Spitzenleistung seinen tollen dritten Platz aus dem letzten Jahr noch einmal übertroffen. Ganz Hessen ist stolz auf unseren sympathi- schen Eisenmann aus Darmstadt“, sagte der Innenminister.

Patrick Lange kämpfte sich durch die 3,8 Kilometer lange Schwimmstrecke und hatte auf dem 180 Kilometer langen Radkurs muskuläre Probleme. Auf dem abschließenden Marathon zündete der überragende Läufer dann aber - wie er es vorher angekündigt hatte - den Turbo und wurde im Ziel mit der Krone der Ironmänner belohnt. Der gebürtige Bad Wildunger startet für den DSW Darmstadt und sichert mit seinem Gewinn die Siegesserie deutscher Triathleten beim Ironman auf Hawaii seit 2014. Er ist der sechste Deut- sche, dem der Sieg auf der Pazifikinsel gelang.



Patrick Lange gewann im Oktober 2017 den Ironman auf Hawaii. Innenminister Peter Beuth und Landessportbund-Präsident Dr. Rolf Müller (rechts) gratulierten dem Darmstädter im Rahmen der Verleihung der Sportplakette im Dezember des Jahres nachträglich zu seinem Sensationssieg auf Hawaii im Oktober.



„Wir wollen vor allem Anschläge verhindern und die Menschen bestmöglich vor Terror und Extremismus schützen. Es geht dabei nicht um die Überwachung unbescholtener Bürger, sondern darum, zum Beispiel islamistischen Gefährdern oder gewalttätigen Links- oder Rechtsextremisten so früh wie möglich das Handwerk zu legen. Dafür wollen wir dem Verfassungsschutz endlich die notwendigen Instrumente in die Hand geben.“



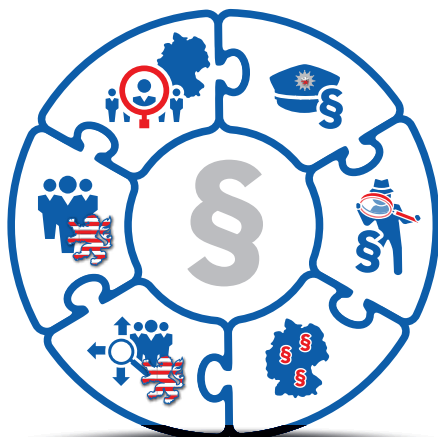
PETER BEUTH

„Wollen Anschläge verhindern“

ECKPUNKTE FÜR NEUES VERFASSUNGSSCHUTZGESETZ VORGESTELLT

Angesichts der Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus soll dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) in Hessen weitergehende Befugnisse eingeräumt und zugleich die Kontrollfunktion des Parlaments stärken. Im Oktober 2017 stellte Innenminister Peter Beuth gemeinsam mit den innenpolitischen Sprechern der Regierungsfractionen die wichtigsten Eckdaten für ein neues Verfassungsschutzgesetz sowie das Verfassungsschutzkontrollgesetz vor.

Islamistisch-terroristische Netzwerke nutzen heute das Internet nicht nur als Propagandaplattform, sondern auch als Kommunikationsmittel. Sowohl der Täter in einem Regionalzug bei Würzburg am 18. Juli 2016 als auch jener beim Anschlag in Ansbach am 24. Juli 2016 waren bei Facebook und bei WhatsApp aktiv. Um den Sicherheitsbehörden nicht aufzufallen, werden in der jihadistischen Szene Vorkehrungen zur Verschlüsselung der Kommunikation getroffen, ebenso zur Verschlüsselung von Festplatten und Sicherheitskopien. Auch Rechtsextremisten versuchen, sich mithilfe von Hinweisen für die elektronische Kommunikation und Tipps zum Umgang mit Sicherheitsbehörden in der virtuellen Welt zu schützen. Das LfV soll künftig zu Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) und zum verdeckten Zugriff auf informationstechnische Systeme (die sogenannte Online-Durchsuchung) ermächtigt werden.



V-Leute-Einsatz nach klar definierten Standards

Durch die jüngste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gestärkt, sollen nach der Gesetzesvorlage des neuen Verfassungsschutzgesetzes weiterhin Verdeckte Mitarbeiter und Vertrauensleute (V-Leute) eingesetzt werden können. Der in den Hessischen Landtag eingebrachte Gesetzentwurf übernimmt hier die wesentlichen Bestimmungen aus dem Bundesverfassungsschutzgesetz, das 2015 verabschiedet wurde. Demnach werden einheitliche Standards für den Einsatz von V-Leuten gelten. Auch die Übermittlungsvorschriften zum Austausch von Informationen zwischen dem LfV und anderen Behörden, insbesondere Polizei und Staatsanwaltschaft, wurden in enger Anlehnung an die Neuregelung des Bundes überarbeitet. Auch der Präventionsauftrag des LfV wird gesetzlich verankert und damit der bereits eingeschlagene Weg mit mehr Aufklärung durch die Experten des Nachrichtendienstes unterstrichen.

Ein eigenes Verfassungsschutzkontrollgesetz gehört ebenso zu dem Änderungspaket für den hessischen Nachrichtendienst. Künftig soll der Hessische Landtag - der bundesrechtlichen Vorschrift entsprechend - über die Zusammensetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission Verfassungsschutz (PKV) befinden. Damit wird die Kontrollfunktion insgesamt gestärkt, weil die Ausübung des Akteneinsichtsrechts nun nicht mehr von einem Mehrheitsbeschluss abhängt, sondern individuell geltend gemacht werden kann.

Um sicherzustellen, dass das LfV seine anspruchsvolle, arbeitsintensive und erfolgreiche Arbeit weiterführen und ausbauen kann, erhält die Behörde bereits bis zum Ende des Jahres 2017 einen historischen Stellenzuwachs von rund 30 Prozent. Mit dem Doppelhaushalt für die nächsten zwei Jahre wird der Verfassungsschutz bis 2019 auf bis zu 370 Planstellen angewachsen sein. Es wird dann doppelt so groß sein wie es noch im Jahr 2000 mit gerade mal 182 Stellen war.

„Verkehrsprävention wirkt“

10 JAHRE KAMPAGNE „BOB“ BEIM POLIZEIPRÄSIDIUM MITTELHESSEN

Vor zehn Jahren startete das Polizeipräsidium Mittelhessen die Verkehrspräventionskampagne BOB, die auf die Gefahren des Autofahrens unter Alkoholeinfluss aufmerksam macht. Anlass zum Start der Kampagne 2007 war eine deutliche Zunahme hoher Unfallzahlen mit Zusammenhang mit Alkohol und Drogen. In den zehn Jahren, in denen es BOB gibt, hat die Polizei mehr als 52.000 Menschen in den BOB-Workshops informiert. Dabei kommt sie in Schulen, Ausbildungsbetriebe, zu Vereinen oder auch Feuerwehren und informiert junge Verkehrsteilnehmer zu Risiken und Unfallursachen. Im BOB-Jubiläumsjahr veranstaltete die Polizei neben zahlreichen Workshops einen großen Aktionstag in Gießen. Rund 3.500 Gäste kamen und feierten in und an der Hessenhalle in Gießen den 10. Geburtstag der Aktion BOB - gegen Alkohol am Steuer. Die wichtige Aufklärungsarbeit der Polizei führte zum Erfolg: In Mittelhessen hat sich die Zahl der Unfälle mit Alkohol und Drogen in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert.



Das Polizeipräsidium Mittelhessen schätzt, dass inzwischen circa 105.000 Jugendliche die Aktion BOB und ihre Inhalte kennen. Die Justus-Liebig-Universität Gießen hat im Jahr 2011 BOB evaluiert und nachgewiesen, dass die Aktion in Mittelhessen überdurchschnittlich bekannt ist und die Unfallzahlen der 18- bis 24-Jährigen mit Unfallursache „Alkohol“ zurückgegangen sind. Auch die Verleihung der goldenen „Senator-Lothar-Danner-Medaille“ im Oktober 2015 durch den Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr zeigt den Stellenwert der Aktion BOB.



BOB

Die ursprünglich in Belgien entwickelte Verkehrspräventionskampagne BOB wurde in Mittelhessen mehrstufig weiterentwickelt. Eine Säule der Kampagne ist eine starke Öffentlichkeitsarbeit, um auf die Gefahren des Autofahrens unter Alkoholeinfluss aufmerksam zu machen. Hierfür ist die Polizei mit BOB-Infoständen bei Festen, Feiern oder sonstigen Veranstaltungen mit jugendlicher Beteiligung vertreten. Darüber hinaus werden in den BOB-Workshops in Schulen, Firmen, Ausbildungsbetrieben, Behörden, Feuerwehren und

Vereinen mit den jungen Workshop-Teilnehmern die Risiken und Unfallursachen diskutiert und Lösungansätze herausgearbeitet. Die BOB-Kampagne wirbt dabei dafür, dass sich eine jugendliche Gruppe stets vor dem Fahren darauf einigt, wer nüchtern bleibt und die Gruppe sicher wieder nach Hause bringt. In inzwischen mehr als 300 Gastronomiebetrieben im Raum Mittelhessen bekommt der Fahrer oder die Fahrerin, die sich mit dem BOB-Schlüsselanhänger ausweist, ein alkoholfreies Getränk.



„Der Rückgang der alkoholisierten Unfallverursacher im Alter von 18 bis 24 Jahren von über 63 Prozent seit 2007 ist ein deutliches Zeichen dafür, dass der BOB greift. Der wissenschaftlich nachgewiesene Erfolg des BOB, seine hohe Akzeptanz sowie sein hoher Bekanntheitsgrad machen ihn zu einem erfolgreichen und nachhaltigen Verkehrspräventionsprojekt.“

BERND PAUL



Dragoslav Stepanovic, einst Trainer von Eintracht Frankfurt, ist Botschafter eines Sportprogramms für Flüchtlinge in Hessen.

„Sport und Flüchtlinge“

LAND FÖRdert 244 STÄDTE UND GEMEINDEN MIT 1,7 MILLIONEN EURO

Das Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“ stand bei den hessischen Kommunen auch 2017 hoch im Kurs. 244 Städte und Gemeinden haben eine Landeszuwendung in einer Gesamthöhe von rund 1,7 Millionen Euro erhalten. Dabei wurden hessenweit 320 Sport-Coaches gemeldet.

Das Landesprogramm beruht auf einem Modellprojekt der Sportjugend Hessen und wird gemeinsam mit dieser umgesetzt. Die Sportjugend Hessen führt insbesondere die verpflichtenden Schulungen der Sport-Coaches durch, die zu einer Qualitätssicherung des Programms beitragen, und ist Anlaufstelle für Fragen der Sport-Coaches.

Die überwiegende Mehrzahl der Sport-Coaches ist direkt an die Sportvereine angebunden. Ein deutlich geringerer Anteil stammt aus dem Umfeld der Flüchtlingsinitiative oder ähnlichen Institutionen, wie zum Beispiel die Caritas oder die Arbeiterwohlfahrt, sowie aus den Verwaltungen der Städte und Gemeinden.

In fast allen Sportarten lassen sich Beispiele für Integration von Flüchtlingen finden. Sowohl in den großen Ballsportarten, wie Fußball, Handball, Volleyball oder Basketball, als auch im Turnen, in der Leichtathletik oder in verschiedenen Kampfsportarten gibt es erfolgreiche Projekte von Sport-Coaches. Aber auch Gesundheitsangebote wie Fitnessprojekte oder Rückenschule werden unterbreitet und angenommen. Eine große Nachfrage gibt es zudem bei Schwimm- und Fahrradangeboten. Das Land bietet den hessischen Städten und Gemeinden mit dem Programm einen unkomplizierten Weg an, um Flüchtlinge über den Sport zu integrieren. Der Sport-Coaches fungiert dabei als Bindeglied zwischen Kommunen, Vereinen und Flüchtlingen.





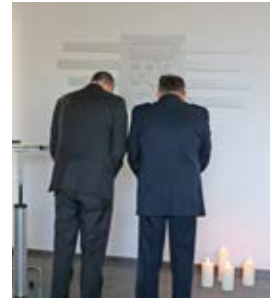
LANDESPROGRAMM „SPORT UND FLÜCHTLINGE“

Das Programm „Sport und Flüchtlinge“ startete bereits 2016, um landesweit Sportangebote für Schutzsuchende zu fördern sowie sogenannte „Sport-Coaches“ einzusetzen. Sie werden als Ansprechpartner die guten Ideen vor Ort koordinieren und gleichzeitig die Interessen der Flüchtlinge vertreten. Antragsberechtigt sind Städte und Gemeinden, die mindestens 40 Flüchtlinge untergebracht haben. Kommunen, die weniger als 40 Flüchtlinge untergebracht haben, können in Form einer Interkommunalen Zusammenarbeit Anträge stellen. Je nach Anzahl der untergebrachten Flüchtlinge kann eine Förderung von 5.000 bis zu 25.000 Euro bewilligt werden. Städte und Gemeinden, in denen eine Erstaufnahmeeinrichtung, eine Außenstelle oder Notunterkunft besteht, können zusätzliche Mittel bis zu 15.000 Euro beantragen. Das Geld kann eingesetzt werden für die Aufwandsentschädigungen der Sport-Coaches, Übungsleiter, Schulungsmaßnahmen oder Sachmittel.



Der Sportkreis Rheingau-Taunus wurde in Bad Schwalbach Ende Oktober mit Sport-Coach-Poloshirts ausgestattet.

NOVEMBER



30. Jahrestag Startbahn West

NEUE ERINNERUNGSKULTUR BEI DER HESSISCHEN POLIZEI

Am 2. November 1987 wurden der damals 43-jährige Hauptkommissar Klaus Eichhöfer und der erst 23 Jahre alte Polizeimeister Thorsten Schwalm an der Startbahn 18 West erschossen. Anlässlich einer Gedenkstunde zu Ehren der getöteten Polizisten wurde im Hessischen Innenministerium eine Gedenktafel enthüllt, die an hessische Polizeibeamtinnen und -beamte erinnert, die im Dienst getötet wurden. Innenminister Peter Beuth rief eine neue Erinnerungskultur für die hessische Polizei aus.

In seiner Gedenkrede verurteilte der Minister die schreckliche Tat an der Startbahn West. „Der 2. November 1987 ist ein Teil der Geschichte des Landes Hessen und er ist in besonderer Weise ein Teil der Geschichte der hessischen Polizei. Dieser feige, menschenverachtende Anschlag aus dem Hinterhalt, bedeutete für zwei Familien den größtmöglichen Verlust, hinterließ traumatisierte Kolleginnen und Kollegen und stürzte ein ganzes Land in tiefe Trauer. Die tödlichen Schüsse auf Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm haben sich in das Gedächtnis jedes hessischen Polizisten gebrannt“, sagte der Minister. In der Geschichte der Bundesrepublik waren vor den Schüssen an der Startbahn West nie zuvor Polizisten während einer Demonstration erschossen worden und auch seitdem nie wieder.

„Auch wenn der Jahrestag für Familien, Freunde sowie Kolleginnen und Kollegen immer wieder die schrecklichen Ereignisse der Vergangenheit hervorbringt, ist es wichtig, dass wir uns gemeinsam erinnern. Wir wollen eine umfassende und wahrhaftige Erinnerungskultur für die hessische Polizei einführen. All jene, die im Dienst für den Schutz der Allgemeinheit und die Durchsetzung des Rechts ihr Leben opferten, dürfen nicht in Vergessenheit geraten, sondern verdienen ein Gedenken in Dankbarkeit für ihren Einsatz“, so Peter Beuth. Auf der vom Frankfurter Bildhauer und Künstler Bernd Fischer gestalteten Gedenktafel werden hessische Polizistinnen und Polizisten geehrt, die im Dienste der Polizei ums Leben kamen. Eine eigens konzipierte Ausstellung zeigte das Schicksal von Klaus Eichhöfer, Thorsten Schwalm und weiterer Polizisten.

Trotz intensiver Recherchen der hessischen Polizei kann die genaue Zahl der im Dienst verstorbenen Polizisten seit Kriegsende nicht abschließend beziffert werden. „Die Aktenlage war in den frühen Nachkriegsjahren der vierziger und fünfziger Jahre nicht, wie heute im digitalen Zeitalter. Wir werden weiterforschen, das sind wir jeder einzelnen im Dienst umgekommenen Polizeibeamtin und jedem einzelnen Polizeibeamten schuldig“, unterstrich der Innenminister. Daher wurde der Fachbereich Polizei der Hochschule für Polizei und Verwaltung mit einem Forschungsauftrag betraut. Ziel ist es, alle Namen der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Dienst verstorbenen Polizistinnen und Polizisten zu erfassen.

IM GEDENKEN AN DIE IM DIENST VERSTORBENEN
FRAUEN UND MÄNNER DER HESSISCHEN POLIZEI



Home

Home

Home

Home

Herbstgespräch des LfV

„ANTISEMITISMUS. NEUE FORMEN - ALTE RESSENTIMENTS“

Am Abend des 14. November 2017 fand im Plenargebäude des Hessischen Landtags in Wiesbaden das 19. traditionelle Herbstgespräch des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Hessen zum Thema „Antisemitismus. Neue Formen - Alte Ressentiments“ statt.

Bereits am Vormittag hatte die Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (PAAF) des LfV Hessen eine aktuelle Studie zu Erscheinungsformen und ideologischen Hintergründen antisemitischer Agitation in den sozialen Netzwerken veröffentlicht und darin vor den zahlreichen Facetten und Gesichtern des heutigen Antisemitismus gewarnt.

Der Präsident des LfV Hessen Robert Schäfer griff dies in seiner Begrüßungsrede auf dem Herbstgespräch auf und sagte: „Wir müssen über diese Gesichter reden - sehr differenziert in der Sprache, unaufgeregt in der Beschreibung. Unausgesprochenes oder gar Verdrängtes schürt eben gerade Angst und grenzt aus“. Darüber hinaus betonte Schäfer die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung des antiextremistischen Grundkonsenses: „Das Sagbare darf weder durch abrupte und/oder spektakuläre Tabubrüche noch subtil und Schritt-für-Schritt ausgeweitet werden. Gerade im Zusammenhang mit Antisemitismus darf es weder Graubereiche noch Anfänge geben. Wehret den Anfängen der Anfänge!“

Der Hessische Innenminister Peter Beuth machte deutlich, dass Antisemitismus für all das stehe, was das Nachkriegsdeutschland nicht sein will und nie wieder sein darf. Da Antisemitismus heutzutage jedoch oft nicht gleich auf den ersten Blick zu erkennen sei, gelte es sehr genau hinzuschauen, um jeglichen Antisemitismus zu entlarven und als solchen ächten zu können. „Ein Antisemit, der seinen Rassismus und Hass in klingende Worte kleidet, bleibt dennoch ein Antisemit. Wer etwa das Gedenken an die Gräueltaten der Nationalsozialisten als ‚Denkmäler der Schande‘ hinwegreden möchte, der will sich in Wirklichkeit vom Pfad der freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik abkehren. Diese Abkehr wird als Alternative dargestellt. Sie führt aber weg von Freiheit und Demokratie - hin zu Rassismus und Unrecht. Deshalb müssen wir Antisemitismus schonungslos offenlegen. Mag er noch so sehr kaschiert sein oder von einer eilig hinterhergeschobenen Relativierung begleitet werden“, sagte Innenminister Peter Beuth.

In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von Jörg Diehl (Spiegel Online) erörterten vor knapp 200 geladenen Besucherinnen und Besuchern Dr. Josef Schuster (Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland), Esther Schapira (Journalistin, Filmemacherin und Autorin), Prof. Dr. Bassam Tibi (Politikwissenschaftler und Experte für den politischen Islam), Prof. Dr. Reinhard Schramm (Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen) und Dr. Walter Jung (Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg) die Bedeutung und Gefahren der vielfältigen Gesichter des Antisemitismus.



„Wir müssen über diese Gesichter [des Antisemitismus] reden - sehr differenziert in der Sprache, unaufgeregt in der Beschreibung. [...] Gerade im Zusammenhang mit Antisemitismus darf es weder Graubereiche noch Anfänge geben. Wehret den Anfängen der Anfänge“

ROBERT SCHÄFER, PRÄSIDENT DES LANDESAMTS
FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN.



ANTISEMITISMUS IN SOZIALEN NETZWERKEN

Im Landesamt für Verfassungsschutz Hessen wurde im Jahr 2016 eine Analysestelle geschaffen, die sich wissenschaftlich mit Fragen des Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit befasst. Rechtsextremisten und Rechtspopulisten verbreiten in sozialen Netzwerken ihre antisemitischen Haltungen. Dies belegt die heute veröffentlichte Studie der ‚Phänomenbereichsübergreifenden wissenschaftlichen Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit‘ (PAAF) im Landesamt für Verfassungsschutz, die Antisemitismus in sozialen Netzwerken zum Untersuchungsgegenstand hat. Aus der 2017 vorgestellten Studie geht zudem hervor, dass neben dem rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Antisemitismus auch vermehrt Antisemitismus unter Muslimen festzustellen sei. Dieser trete oft als „Israelkritik“ in Erscheinung, ziele aber auf eine antisemitische Verunglimpfung des gesamten jüdischen Volkes ab.



10 Jahre Sportland Hessen

FLÄCHENDECKENDE FÖRDERUNG DES SPORTS

Seit zehn Jahren besteht das Sonder-Investitionsprogramm „Sportland Hessen“ zur Sanierung, Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten. Insgesamt stellt Hessen für die jährliche Sportförderung 44 Millionen Euro bereit. Fünf Millionen Euro fließen von dieser Summe in das Sport-Investitionsprogramm zur Verbesserung der Sportinfrastruktur in Hessen. So wurden in zehn Jahren 1.747 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen von 48 Millionen Euro erteilt. Nahezu jeder hessische Sportverein hat schon am Programm teilgenommen.

„Sportland Hesse“ ist durch die zahlreichen Förderungen im Sportbereich zu einer eigenen Marke und Erfolgsgeschichte geworden. Der Name steht beispielhaft für das Engagement der Landesregierung, die größte Bürgerbewegung in Hessen flächendeckend zu fördern. Mehr als vier Millionen Menschen treiben in unserem Bundesland regelmäßig Sport. Über zwei Millionen tun dies in einem der knapp 7.700 Sportvereine unseres Landes.



„Sport hat für uns in Hessen einen unschätzbaren Wert. Der Sport entfaltet auf spielerische Weise eine hohe Integrationskraft, erhält den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördert die körperliche und geistige Fitness aller Aktiven. Zudem engagieren sich nirgendwo sonst so viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, um gemeinsam etwas zu bewegen.“

WERNER KOCH



SCHWIMMBAD-INVESTITIONSPROGRAMM

Um die Sportinfrastruktur in Hessen weiter zu stärken, erweitert die Hessische Landesregierung die Sportförderung in den kommenden Jahren um ein Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM). Mitte 2018 wird das 50-Millionen-Euro schwere Förderprogramm zum Erhalt der hessischen Bäderlandschaft und zur Stärkung des Schwimmsports an den Start gehen.



Sportministerkonferenz

HESSISCHE INITIATIVE GEGEN GEWALT IM FUSSBALL

Auf Initiative von Innenministers Peter Beuth hat die 41. Sportministerkonferenz (SMK) in St. Wendel (Saarland) einstimmig die zunehmende Gewalt im Fußball in Deutschland verurteilt und damit eine klare Aufforderung an Vereine, Verbände und Fanorganisationen verbunden, sich verstärkt mit dem Gewaltproblem im Fußball auseinanderzusetzen.

Laut des Jahresberichts der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) wurden in der Spielzeit 2016/2017 in deutschen Stadien der Bundesliga, der 2. Bundesliga und der 3. Liga mehr Pyrotechnik abgebrannt. Zudem stieg die Zahl der eingeleiteten Verfahren um 18 Prozent auf 669. Auch die Einsatzstunden der Polizei stiegen signifikant um sieben Prozentpunkte sodass insgesamt in der Saison 2016/17 rund 2,24 Millionen Arbeitsstunden anfielen. Die Zahl der Verletzten liegt nach wie vor auf einem hohen Niveau. 1.226 Personen trugen in der Spielzeit 2016/17 durch Gewalt bei Fußballspielen Verletzungen davon. 504 davon waren Unbeteiligte.

„Für die Polizei ist jeder Spieltag ein Kraftakt und dennoch kommt sie bundesweit ihrem gesetzlichen Auftrag nach und schützt diese Sportveranstaltungen. In den Stadien sind aber die Vereine für die Sicherheit zuständig. Die drängendste Maßnahme ist, dass die Vereine und die echten Fans gewaltbereite Chaoten und Extremisten ächten. Diese Anti-Fans, die friedliche Stadionbesucher verängstigen und Parolen verbreiten, haben dort nichts zu suchen“, erklärte Peter Beuth.

Die Aussetzung von Kollektivstrafen durch den Deutschen Fußball-Bund (DFB) sei nur zu rechtfertigen, wenn dieser Schritt zu einer erheblichen Verbesserung der Situation und einer nachhaltigen Verhaltensänderung sowie einer von allen Beteiligten akzeptierten Ächtung von Gewalt und Pyrotechnik in den Stadien führe. Die SMK verurteilte einstimmig das für alle Zuschauer so gefährliche Abbrennen von Pyrotechnik im Stadion.



„Kreativität und Mut um zu helfen“

HESSISCHER FEUERWEHRPREIS 2017

Die Freiwilligen Feuerwehren aus Langen, Bebra-Gilfershausen und Dillenburg gehörten 2017 zu den Gewinnern beim Hessischen Feuerwehrpreis. Die Auszeichnung „Feuerwehrheld des Jahres“ ging an zwei Feuerwehrkameradinnen der Freiwilligen Feuerwehr Dittlofrod/Körnbach. Bereits seit 2009 stellt der Hessische Feuerwehrpreis herausragende Projekte und außergewöhnliche Rettungstaten von Feuerwehren und ihren Angehörigen in den Mittelpunkt. Der Hessische Feuerwehrpreis ist eine Initiative der Sparda-Bank Hessen in Kooperation mit dem hessischen Landesfeuerwehrverband. Im Rahmen eines Ideenwettbewerbs werden jährlich neue Projekte ausgezeichnet, die der Freiwilligenarbeit, der Nachwuchsgewinnung oder den Menschen in Hessen unmittelbar zugutekommen.



Feuerwehrheld des Jahres

Die Feuerwehrkameradinnen Anna-Lena Kalb und Franzl Wascher von der Freiwilligen Feuerwehr Dittlofrod/Körnbach reagierten geistesgegenwärtig, als eine Darstellerin einer Theatergruppe plötzlich auf der Bühne leblos zusammenbrach. Durch die sofortigen Reanimierungsmaßnahmen der beiden Feuerwehrkameradinnen bis zum Eintreffen des Notarztes, konnte das Leben der Darstellerin gerettet werden.

Platz 1



Freiwillige Feuerwehr Langen

Die Brandschützer erhalten die Ehrung für die Installation einer Atemschutz-Notfall-Trainierten-Staffel (ANTS). Die ANTS ist eine Sondereinheit, die für besondere Lagen bereitsteht. Sie wurde extra für Schadensereignisse mit erhöhtem Gefährdungspotenzial, insbesondere bei weitläufigen und komplexen Gebäudeeigenschaften ausgebildet.

Platz 2



Freiwillige Feuerwehr Bebra-Gilfershausen

Die Freiwillige Feuerwehr Bebra-Gilfershausen erhält die Ehrung für ihr herausragendes Engagement im Bereich der Jugendarbeit. Sie haben einen Feuerwehrspielplatz geschaffen, der die Aufgaben einer Feuerwehr spielerisch interessant und authentisch darstellt. Eine besondere Art der Image- und Mitgliederwerbung..

Platz 3



Freiwillige Feuerwehr Dillenburg

Die Freiwillige Feuerwehr hat es verstanden, die Akzeptanz für das Ehrenamt bei Arbeitgebern zu stärken. Dazu werden Arbeitgeber zum Ausprobieren von Ausrüstungsgegenständen und zu Schauübungen eingeladen. Es findet ein regelmäßiger gegenseitiger Austausch zwischen Arbeitgebern und Feuerwehrangehörigen statt.

Innenministerium verlieh erstmals Katastrophenschutzpreis

HERAUSRAGENDES ENGAGEMENT

Zum ersten Mal wurde 2017 im Schloss Bad Homburg v. d. Höhe der Hessische Katastrophenschutzpreis verliehen. Geehrt wurden der Malteser Hilfsdienst Ortsgliederung Steinhaus (1. Platz), die Rettungs-Ortungstechnikeinheit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bad Soden (2. Platz), die Rettungshundestaffel des DRK-Ortsverbandes Wallau (2. Platz) und die Katastrophenschutz-Einheit „Pyrotechnik Kreis Bergstraße“ (3. Platz). Zudem wurde eine Anerkennungsprämie an Mitglieder des Technischen Hilfswerks Dillenburg verliehen. Der Katastrophenschutzpreis würdigt herausragendes Engagement und besondere Ideen in den Einheiten und Einrichtungen des hessischen Katastrophenschutzes. 23.000 Ehrenamtliche im Katastrophenschutz sind in mehr als 680 Einheiten engagiert. Weitere 3.300 Mitglieder des Technischen Hilfswerks stehen bei entsprechenden Lagen zur Verfügung.

1. Platz: Malteser Hilfsdienst, Ortsgliederung Steinhaus

„Wenn die Erde bebt“ – unter dieses Thema hat der Gewinner des Katastrophenschutzpreises seine Übung gestellt, die der Malteser Hilfsdienst Steinhaus seit 2013 gemeinsam mit der örtlichen Grundschule regelmäßig durchführt. Schülerinnen und Schülern der jeweils 3. Klasse wird dabei die Arbeit des Katastrophenschutzes nähergebracht.

2. Platz: Rettungs-Ortungstechnikeinheit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bad Soden und Rettungshundestaffel des DRK-Ortsverbandes Hofheim-Wallau

Die Rettungs-Ortungstechnikeinheit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bad Soden und die Rettungshundestaffel

des DRK-Ortsverbandes Hofheim-Wallau arbeiten gemeinsam Einsätze zur Personenfindung im Main-Taunus-Kreis und zum Teil auch im Hoch-Taunus-Kreis ab. Mit der Kooperation sind die beiden Organisationen beispielgebend für eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Feuerwehr und Hilfsorganisation.

3. Platz: Katastrophenschutz-Einheit „Pyrotechnik Kreis Bergstraße“

Seit 2003 gibt es die Katastrophenschutz-Einheit „Pyrotechnik Kreis Bergstraße“, die mit Hilfe realistischer Schadensdarstellungen maßgeblich zur Ausbildung aller im Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen beiträgt. Die Einheit hilft damit, die Kräfte zu schulen und auf die bevorstehenden Aufgaben vorzubereiten.

Sonderpreis: Landkreis Darmstadt-Dieburg

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg wurde ein beispielgebendes Schulungskonzept für die vom Land Hessen übergebenen Notstromaggregate entwickelt und bereits die ersten Katastrophenschutzangehörigen damit geschult.

Verleihung Anerkennungsprämie:

Vier Mitglieder des THW Dillenburg wurden für ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement im hessischen Katastrophenschutz geehrt. Für ihre 20-jährige aktive Dienstzeit wurde Thomas Greeb und Lars Matzke eine Anerkennungsprämie verliehen. Ebenso an Claus Krimmel und Günter Schirmuli, die auf eine über 40-jährige aktive Dienstzeit zurückblicken.

„Die Schlagkraft des hessischen Katastrophenschutzes zeigt sich daher auch in den innovativen Ideen und dem herausragenden Engagement für die Sicherheit der Mitbürgerinnen und Mitbürger. Den vielen Ehrenamtlichen in Hessen gebührt unser aller Respekt, wenn wir bedenken, mit welcher Motivation sie Mitmenschen in der Not helfen. Mit dem Katastrophenschutzpreis wird die Arbeit der Katastrophenschutzorganisationen in den Mittelpunkt gerückt. Er lenkt den Blick auf die Arbeit in den Einheiten und auf das Engagement jedes Einzelnen“

PETER BEUTH





Sportlerehrung

CAROLIN SCHÄFER IST „HESSENS POLIZEISPORTLERIN DES JAHRES 2017

Seit 16 Jahren findet jährlich die Ehrung erfolgreicher hessischer Polizeisportlerinnen und Polizeisportler durch den Hessischen Minister des Innern und für Sport persönlich statt. Im Jahr 2017 wurde Carolin Schäfer von Innenminister Peter Beuth zur Polizeisportlerin des Jahres 2017 ausgezeichnet. Sie erhielt die Ehrung für den Gewinn der Silbermedaille im Siebenkampf bei der Leichtathletik-WM in London. „Carolin Schäfer hat schon bei den Sommerspielen in Rio 2016 als Fünfte angedeutet, dass künftig mit ihr zu rechnen ist. In London haben sich die Mühen der vielen Trainingsjahre dann endlich ausgezahlt. Sie hat mit ihren fantastischen Leistungen überzeugt und ihre erste internationale Medaille im Siebenkampf gewonnen“, so Peter Beuth, der Caroline Schäfer den Ehrenpreis an ihrem 26. Geburtstag überreichen konnte.

Um die hohen Anforderungen des Studiums auf der einen Seite und des Spitzensports mit Training und Wettkämpfen auf der anderen Seite zu vereinbaren, wurde 2005 das Duale Studium bei der Hessischen Polizei eingeführt. Aktuell gehören in Hessen 76 Sportlerinnen und Sportler zur Polizeisportfördergruppe, drei arbeiten im Rahmen der Dualen Karriere in der Verwaltung. Durch diese Verbindung Sport und Polizei

konnten viele junge Talente in den unterschiedlichsten Disziplinen gefördert und ihnen eine berufliche Absicherung geben werden. Christian Reitz (Goldmedaille bei Olympia in London), Mareike Thum (Goldmedaillengewinnerin World-Games 2017 in Breslau), Christian Reichert (Olympiateilnehmer in London), Carolin Schäfer (Olympiateilnehmerin in London und Vizeweltmeisterin im Siebenkampf 2017) sowie weitere Olympiateilnehmer, Deutsche-, Europa- und Weltmeister stehen beispielgebend für das erfolgreiche Projekt der Spitzensportförderung durch die hessische Polizei.

Für den Hessischen Innen- und Sportminister Peter Beuth ist Caroline Schäfer mehr als nur ein Aushängeschild der hessischen Polizei: „Caroline Schäfer steht mit ihrer sympathischen Ausstrahlung für den modernen Polizeiberuf in Hessen. Sie ist ein Vorbild für ihre Kollegen und die gesamte Gesellschaft. Es macht mich als hessischen Innen- und Sportminister jedes Mal sehr stolz, dass hessische Polizistinnen und Polizisten bei nationalen und internationalen Wettkämpfen immer wieder die vordersten Ränge oder sogar eine Stufe auf dem Siebertreppchen erreichen.“



Polizeisportlerin oder Polizeisportler der vergangenen zehn Jahre

Jahr	Name	Disziplin
2006	Andrea Apel	Laufen/Radfahren
2007	Sandra Smisek	Fußball
2008	Christian Reitz	Schießen
2009	Ariane Friedrich	Leichtathletik (LA)/Hochsprung
2010	Jenny Mensing	Schwimmen
2011	Christian Reitz	Schießen
2012	Kathrin Klaas	LA/Hammerwerfen
2013	Yvonne Ruch	Kegeln
2014	Anna-Laethisia Schimek	Speedskating
2015	Christian Reichert	Schwimmen
2016	Christian Reitz	Schießen
2017	Caroline Schäfer	Siebenkampf



DEZEMBER





Gemeinsam mehr Sicherheit schaffen

SICHERHEITSINITIATIVE KOMPASS GESTARTET

Ein weiterer wichtiger Schritt, um die Sicherheit in Hessen weiter zu erhöhen, bietet die kommunale Sicherheitsinitiative KOMPASS, die in den Modellkommunen Hanau, Maintal, Bad Homburg v. d. Höhe und Schwalbach am Taunus (Main-Taunus-Kreis) Ende 2017 eingeführt wurde.

KOMPASS steht dabei für **KOM**munal**Progr**amm **S**icherheits**S**iegel. Das bundesweit einmalige Programm bietet Kommunen die Möglichkeit Sicherheitsmaßnahmen vor Ort selbstständig und passgenau anzugehen. Dabei werden mögliche Sicherheitskonzepte durch die beteiligten Sicherheitspartner Kommune, Polizei, Bürger und weitere gesellschaftliche Akteure in den Kommunen gemeinsam erarbeitet und umgesetzt. Jede Stadt und Gemeinde kann durch die Teilnahme am Landesprogramm selbst etwas für die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger tun.

„Mit KOMPASS schlagen wir ein weiteres, neues Kapitel in der Sicherheitsstrategie des Landes Hessen auf. Wir wollen, dass hessische Städte und Gemeinden Probleme vor Ort selbstständig angehen und individuelle Lösungen entwickeln können. Damit nehmen wir die Kommunen auch in die Pflicht und bieten zugleich gezielt Anreize, mehr Verantwortung für die Sicherheit zu übernehmen. Die KOMPASS-Spezialisten der hessischen Polizei stehen dabei eng an der Seite der kommunalen Familie. Das sichtbare Zeichen dafür, dass die Kommune mehr für die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger tut, wird das SicherheitsSiegel des Landes Hessen sein. Wir wollen gemeinsam mehr Sicherheit schaffen“, sagte Innenminister Peter Beuth.



Das Innenministerium hat einen Leitfaden zu KOMPASS veröffentlicht, der aufzeigt, wie Kommunen an der kommunalen Sicherheitsinitiative teilnehmen können.

Der Leitfaden ist online unter kompass.hessen.de

„Ich bin überzeugt, dass KOMPASS einen Mehrwert für die Sicherheit in ganz Hessen bedeuten kann. Deshalb mache ich keinen Hehl daraus, dass es unser Ziel ist, das Programm in ganz Hessen umzusetzen und somit jeder Stadt und Gemeinde die Möglichkeit zu eröffnen eine KOMPASS-Kommune zu werden. Wir beginnen in den vier Modellkommunen Bad Homburg, Hanau, Maintal und Schwalbach am Taunus, weil diese mit sehr unterschiedlichen Sicherheits Herausforderungen konfrontiert sind. Daraus erhoffen wir uns hilfreiche Rückschlüsse für die Ausweitung auf ganz Hessen“, so der Innenminister.

Mit KOMPASS kommt mehr Personal zur polizeilichen Kriminalitätsprävention

Das Hessische Innenministerium hat den Polizeipräsidien für KOMPASS jeweils zwei zusätzliche Stellen – hessenweit insgesamt 14 – zugewiesen, um so den Bereich der Prävention in den Kommunen zu stärken. Außerdem wurde eine Geschäftsstelle für KOMPASS beim Hessischen Landeskriminalamt eingerichtet, die mit ebenfalls zwei zusätzlichen Stellen ausgestattet wurde.

„Wir haben KOMPASS entwickelt, damit sich Kommunen in dem umfangreichen Angebot an Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen der Polizei zu Recht finden und daraus die für ihre Bedürfnisse passenden Lösungen nutzen können. So bieten wir der kommunalen Familie mit KOMPASS Orientierung in allen Fragen der Sicherheit“, betonte Innenminister Peter Beuth.



„Der Hessische Weg“

EIGENE LEISTUNGSSPORTREFORM AUF DEM WEG

Mit einer Neustrukturierung im Leistungssport möchte Hessen auch künftig seinen Teil dazu beitragen, dass wieder mehr Deutsche Athleten bei Olympischen Spielen auf dem Siegereppchen stehen. Für die Umsetzung einer eigenen Reform schlug das Hessische Innenministerium Mitte 2017 einen streng partizipatorischen Weg ein, der sämtliche hessische Sportfachverbände und betroffene Athleten und Trainern einband. Dieses als „Hessischer Weg“ bezeichnete Vorgehen wurde von allen beteiligten Akteuren sehr positiv bewertet.

Das von Referenten des Innenministeriums, des Landessportbundes Hessen sowie den Fachverbänden erarbeitete 10-Punkte-Programm führt die wichtigsten Handlungsfelder auf, damit der Leistungssport künftig optimiert und effektiver gestaltet wird, so dass sämtliche Potentiale ausgeschöpft werden. Athleten und Trainer schilderten dem Hessischen Sportminister Peter Beuth im Dezember 2017 bei einem Treffen in Frankfurt ihre aktuelle Situation, Sorgen und Bedenken, die bei der Anfertigung der neuen hessischen Leistungsportreform Berücksichtigung fanden.

Das noch nicht beschlossene 10-Punkte-Programm stellt die Athletenförderung in den Mittelpunkt und unterstützt dabei ausdrücklich die Bildung einer Hessischen Athletenvertretung. Es beinhaltet auch die Stärkung der Trainer, die künftig mehr Fort- und Weiterbildungen wahrnehmen und langfristige Finanzierungsgrundlagen erhalten sollen. Die Bedeutung der Duale Karriere, der in Hessen 79 Sportlerinnen und Sportlern angehören, wird unterstrichen. Der Bereich der Nachwuchsförderung soll durch eine engere Zusammenarbeit der kooperierenden Landesfachverbände mit dem Hessischen Kultusministerium gestärkt werden. Weitere Punkte des Leistungssportkonzeptes unterstreichen die Weiterführung der Sportstättenförderung sowie die Nutzung sportwissenschaftlicher Erkenntnisse zur Verbesserung von Athletenleistungen, die durch eine stärkere Vernetzung von Sportwissenschaften mit dem Leistungssport erreicht werden soll.



47. DLV-VERBANDSTAG IN DARMSTADT

Mit über 800.000 Mitgliedern in knapp 7.600 Vereinen ist der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) der mitgliederstärkste Leichtathletik-Verband der Welt. In Deutschland zählt er zu den größten Spitzensport-Fachverbänden und ist fünftgrößter Fachverband im DOSB. Auf dem 47. DLV-Verbandstag in Darmstadt sprach Staatssekretär Werner Koch ein Grußwort und hob in diesem die Stellung des Leichtathletik-Bundesstützpunktes in Frankfurt, die gute Zusammenarbeit zwischen dem Deutsche Leichtathletikverband und der Hessischen Landesregierung, die geplante Leistungsportreform Hessens sowie die Bedeutung der Polizeisportfördergruppe hervor, der Hochspringerin Ariane Friedrich, Hammerwerferin Kathrin Klaas und Siebenkämpferin Carolin Schäfer angehören.





Festakt „Willkommen Oberzent“

IM ODENWALD ENTSTEHT HISTORISCH NEUES

In einem vom Land Hessen und der Stadt Oberzent ausgerichteten Festakt unter dem Titel „Willkommen Oberzent“ wurde die Gemeindefusion der vier Odenwälder Kommunen Beerfelden, Hesseneck, Rothenberg und Sensbachtal zur „Stadt Oberzent“ am 19. Dezember 2017 von Innenminister Peter Beuth als zukunftsweisende und beispielgebende Entscheidung gewürdigt. Etwa 250 Gäste aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft waren erschienen, um die scheidenden Bürgermeister auf der Bühne gebührend zu verabschiedet und die neue Stadt Oberzent mit ernsten und heiteren Tönen zu begrüßen. Moderator Johannes Scherer führte durch den Festakt, der durch Redebeiträge, Musikstücke des Blorchester Gammelsbach, sowie einen Auftritt der Künstlerin Hertha Wacker als selbstbewusste Bürgermeisterkandidatin von Oberzent bereichert wurde.

Für ihre Pionierleistung und ihren uneigennütigen Einsatz bei der Stadtgründung händigte Staatsminister Peter Beuth im Namen von Ministerpräsident Volker Bouffier den Bürgermeistern der Odenwälder-Kommunen den Hessischen Verdienstorden aus. Das Bild zeigt (v.l.n.r.) Thomas Ihrig (Hesseneck), Gottfried Göring (Beerfelden), Innenminister Peter Beuth, Hans Heinz Keursten (Rothenberg) sowie Egon Scheuermann (Sensbachtal).



LANDESREGIERUNG SETZT BEI FUSIONEN AUF FREIWILLIGKEIT

Gesetzliche Verfahrenserleichterungen haben es ermöglicht, dass sich die vier Oberzent-Gemeinden durch einen Grenzänderungsvertrag zusammenschließen konnten. Durch die Neuregelungen in der Hessischen Gemeindeordnung wurde es Gemeindevertretungen ermöglicht, die Initiative für einen Bürgerentscheid bei der Gemeindefusion zu ergreifen und die Entscheidung „Pro oder Contra einer Fusion“ der Bürgerschaft übertragen. Für alle Lösungsansätze zur Zukunftsfähigkeit der Kommunen gilt das Prinzip der Freiwilligkeit, das heißt: Der erste Schritt kommt aus den Gemeinden, denn der Erfolg einer Gemeindefusion hängt entscheidend von der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ab.



„Mit Oberzent entsteht im Odenwald etwas historisch Neues für ganz Hessen. Die Fusion darf zu Recht als zukunftsweisend und auch beispielgebend bewertet werden. Freiwilligkeit steht am Anfang jeder interkommunalen Zusammenarbeit, aus der - wie das Beispiel Oberzent verdeutlicht - auch ein echter Zusammenschluss werden kann. Ich bin überzeugt, dass sich der Mut der Oberzenter auszahlen wird. Die weitsichtige und zukunftsweisende Entscheidung wird sich schon bald in einer effektiveren Verwaltung und einer besseren finanziellen Ausstattung der Kommune bemerkbar machen.“



PETER BEUTH

AUSGEZEICHNET

UNSERE FEUERWEHREN DES JAHRES 2017

In Hessen sind derzeit über 70.000 Brandschützer in mehr als 2.400 Feuerwehren tätig. Dieses unschätzbare Engagement unterstützt das Land mit zahlreichen Förderungen, Maßnahmen und Kampagnen. Mit der Auszeichnung „Feuerwehr des Monats“ will das Land einerseits die unverzichtbare Arbeit der Brandbekämpfer wertschätzen und andererseits

potentielle neue Mitglieder für den freiwilligen Dienst zum Wohle der Allgemeinheit begeistern. Hessische Feuerwehren, die tolle Aktionen durchgeführt, außergewöhnliche Ideen auf den Weg oder umgesetzt haben können sich für die Auszeichnung bewerben. Der Preis ist mit einer Prämie von 500 Euro dotiert.



Januar 2017: Freiwillige Feuerwehr Frielendorf

Aufgrund von fehlendem Nachwuchs haben sich die beiden Jugendgruppen der Freiwilligen Feuerwehr Frielendorf und des Rotkreuz Frielendorf zusammengeschlossen und die „**Jugendretter**“ gegründet. Durch die gemeinsame theoretische und technische Ausbildung im Rettungsdienst und im Brandschutz lernten die jungen Menschen löschen, retten, bergen und schützen aus erster Hand. Für die Initiative ehrte das Land die Brandschützer aus Frielendorf mit dem Titel „Feuerwehr des Monats Januar 2017“.



Februar 2017: Freiwillige Kreisfeuerwehr Kassel-Land

Die Kinder- und Jugendarbeit der Kreisfeuerwehr Kassel ist eine Erfolgsgeschichte mit Vorbildcharakter und verdient zurecht den Titel „Feuerwehr des Monats“. Dank der vielfältigen Jugendarbeit waren zum Ende des Jahres 2016 525 Mitglieder, darunter 383 Jungen und 142 Mädchen, in 33 Jugendfeuerwehren im Kreis Kassel aktiv. Durch **neue Ideen und innovative Angebote**, wie die Feuerolympiade und das Zirkeltraining der Jugendfeuerwehren, bietet die Kreisfeuerwehr jungen Brandschützern ein buntes Programm, das die Jugendlichen zum Mitmachen animiert und an die Feuerwehr bindet.



März 2017: Kreisfeuerwehrverband Fritzlar-Homberg & Freiwillige Feuerwehr Gudensberg

Der Kreisfeuerwehrverband Fritzlar-Homberg und die Freiwillige Feuerwehr Gudensberg, die im März 2017 ausgezeichnet wurde, haben mit einem **15-minütigen Film** bewiesen, dass sie nicht nur im Einsatz, sondern auch vor der Kamera einen guten Eindruck machen. Das beachtliche Werk setzte die Arbeit der Feuerwehren in ganz Hessen eindrucksvoll in Szene und unterstrich auf emotionale Weise die Bedeutung der ehrenamtlichen Einsatzkräfte für das nicht-polizeiliche Hilfeleistungssystem in Hessen. wehr jungen Brandschützern ein buntes Programm, das die Jugendlichen zum Mitmachen animiert und an die Feuerwehr bindet.

April 2017: Jugendfeuerwehr Odenwaldkreis

Die Freiwillige Kreisjugendfeuerwehr Odenwald erhielt die Ehrung für die erfolgreiche Umsetzung der **Werbekampagne zur Nachwuchsgewinnung** der Hessischen Jugendfeuerwehr sowie der Pflege europäischer Freundschaften. Seit mehr als 45 Jahren führen die Mitglieder jährlich Jugendbegegnungen mit verschiedenen Feuerwehren aus Europa durch. Zuletzt tauschten sich die Nachwuchsbrandschützer dabei mit Feuerwehren unter anderem aus Frankreich, der Slowakei, den skandinavischen Ländern und Portugal aus. Die Auszeichnung und Prämie überreichte Staatssekretär Werner Koch im April.



Mai 2017: Freiwillige Feuerwehr Klein-Auheim

Die Brandschützer aus dem Hanauer Stadtteil Klein-Auheim erhielten die Ehrung für ihr herausragendes Engagement in der **Brandschutzerziehung**. Die Arbeit ist zielgruppengerecht und besticht durch spielerisch-kreative Ideen. Abseits der klassischen Pfade bieten die Kameradinnen und Kameraden für Kinder und Jugendliche Lesestunden im Feuerwehrauto an und informieren mit Modenschauen im Gerätehaus über Kleidung und Geräte der alltäglichen Feuerwehrarbeit.



Juni 2017: Freiwillige Feuerwehr Nauheim

Die Brandschützer aus der Gemeinde im Kreis Groß-Gerau bieten abwechslungsreiche **Projekte und Aktionen für ihre Jugendfeuerwehren an**, die nicht nur aus feuerwehrtechnischer Ausbildung bestehen. Die Kameradinnen und Kameraden förderten die handwerklichen Fähigkeiten der Kinder und thematisierten den Natur- und Artenschutz. Die Nauheimer erhielten hierfür den Titel „Feuerwehr des Monats“ im Juni 2017.



Juli 2017: Freiwillige Feuerwehr Mühlheim

Die Freiwillige Feuerwehr Mühlheim erhielten die Ehrung im Juli für ihr Engagement bei **Inklusion und Integration**. So gelang es den Brandschützern, fünf Flüchtlinge für das Ehrenamt zu gewinnen, die jetzt als Kameraden voll integriert sind. Ebenso lebt die Feuerwehr Inklusion und betreut ein autistisches Kind in der Kinderabteilung.



August 2017: Freiwillige Feuerwehr Homberg

Für ihren Einsatz in der **Jugendarbeit** und die **Zusammenarbeit mit den Stadtteilfeuerwehren** wurden die Brandschützer der Freiwilligen Feuerwehr Homberg als Feuerwehr des Monats August 2017 ausgezeichnet. So werden die Nachbarfeuerwehren selbstlos bei Veranstaltungen unterstützt, und auch Übungsdienste werden gemeinsam veranstaltet. Im Rahmen der Kinder- und Jugendfeuerwehrarbeit werden Mitmachtage für Schüler ausgerichtet.



September 2017: Freiwillige Feuerwehr Nordshausen-Brasselsberg

Die Freiwillige Feuerwehr Nordshausen/Brasselsberg wurde durch die Fahrzeugvorstellung von „Hector“ (ein Löschgruppenfahrzeug LF 10) weit über Kassels Grenzen hinaus bekannt. Das in den sozialen Netzwerken eingestellte **Video** der Fahrzeugpräsentation wurde über 3 Millionen Mal angeklickt. Klar, dass das Land für diese herausragende Feuerwehrwerbung nicht um den Titel herum kam.



Oktober 2017: Freiwillige Feuerwehr Hünfelden-Dauborn

Die Freiwillige Feuerwehr in Dauborn hat sich intensiv mit **Mitgliederbindung** beschäftigt. Um die Leistungen den Wünschen und Bedürfnissen der Mitglieder anzupassen, wurde eine Umfrage in Form eines Fragebogens in allen Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Hünfelden verteilt. Das Ergebnis diente den Verantwortlichen bei der Zusammenstellung des Motivationskataloges als Grundlage und Ideengeber. Mit dieser Basis haben die Verantwortlichen das Thema Freiwilliger Feuerwehr sensibilisiert und es kann zukünftig an den richtigen Motivationsschrauben gedreht werden.



November 2017: Freiwillige Feuerwehr Volkmarsen

Durch einen starken Feuerwehrverein im Rücken, der die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen fördert, ist das Interesse, sich für den Brandschutz zu engagieren, in Volkmarsen besonders hoch. Jedem Mitglied der Nachwuchsorganisation wird es ermöglicht, sich an gemeinsamen Besuchen in Freizeitparks und Zeltlagern zu beteiligen, ganz gleich welchen **sozialen Hintergrund** sie haben.



Dezember 2017: Freiwillige Feuerwehr Raunheim

Unter dem Motto „Deine Stadt – Deine Feuerwehr. Sei dabei!“ hat die Freiwillige Feuerwehr Raunheim eine eigene fünfteilige Kurzfilmreihe produziert. Mit den aufwendigen Internetclips erklären die Ehrenamtlichen, wie spannend und abwechslungsreich das Engagement der kleinen und großen Brandbekämpfer ist. Außerdem gelingt es den Raunheimern auf zeitgemäße und unterhaltsame Art und Weise zu vermitteln, wie wichtig es ist, dass Feuerwehrfrauen und -männer bestmögliche Arbeitsbedingungen für ihre lebensrettende freiwillige Tätigkeit vorfinden.

IMPRESSUM

Herausgeber

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden

Redaktion

Benjamin Crisolli, Michael Schaich

Internetabruf

www.innen.hessen.de

E-Mail-Adresse

pressestelle@hmdis.hessen.de

Gestaltung & Realisation

Grütmacher GmbH, Agentur für Digital- und Printmedien,
Frankfurt

Bildnachweis

Seite 11, 16, 18, 19, 21, 22, 35, 39, 40, 63 und 75:
fotolia.com; Seite 13: picture alliance; Seite 45:
Deutsche Olympische Akademie/Stefan Höning;
Seite 45: picture alliance rtn;
Seite 82: DLV/Benjamin Heller

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags und Kommunalwahlen so wie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

© Mai 2018

HESSEN



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

www.innen.hessen.de